Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 136 | Dresden, Mittwoch den 16. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Ein Kabinett Fehrenbach?

Berlin, 16. Juni. Präsident Fehrenbach hat den Reichstag für den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, einberufen. Trimborn setzte heute vormittag seine Bemühungen fort. Vorläufig läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Anscheinend versucht er, den bürgerlichen Block der drei Mittelparteien herzustellen. Präsident Fehrenbach wird als Kandidat für den Reichskanzlerposten mit Bestimmtheit genannt, Geheimrat Simons für den Posten des Außenministers. Man versichert in Zentrumskreisen, daß das Kabinett heute nachmittag zustande kommt.

Vor einer bürgerlichen Minderheitsregierung

Trimborn verhandelt weiter.

Abgeordneter Trimborn setzte im Laufe des Dienstag seine Bemühungen, eine Regierung zustande zu bringen, fort. Er verhandelte wiederum zuerst mit den Genossen Hermann Müller und Löbe, die ihm auseinandersetzten, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei und daß auch sein Wunsch, unsre Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten unsrer Partei zu der neuen Regierung werde von ihren Taten abhängen.

Abgeordneter Trimborn richtet nunmehr sein Bemühen darauf, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen.

Irrtümer.

In diesem Augenblick, so schreibt der Vorwärts, in dem die Bemühungen um die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte noch fortdauern, ist es vielleicht angebracht, mit einigen Irrtümern aufzuräumen, die in der bürgerlichen Presse immer wieder auftauchen. Man braucht sich nicht lange aufzuhalten bei der Auffassung der deutschnationalen Presse, die in unserm gegenwärtigen Verhalten nur die Vorbereitung sehen will, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltsam zu überrennen. Jeder, der Programm und Geschichte der Sozialdemokratischen Partei kennt, weiß, daß für sie ein gewaltsames Vorgehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Befugnisse handeln, nicht in Betracht kommt.

In andern bürgerlichen Parteien hegt man die Besorgnis, die Sozialdemokratische Partei wolle die Regierung der bürgerlichen Mitte sich nur bilden lassen, um sie sofort wieder an ihren Oppositionshörnern aufzuspießen. Auch diese Auffassung ist falsch. Daß die Sozialdemokratische Partei zu einer Regierung der bürgerlichen Mitte in grundsätzlichem Gegensatz stehen muß, ist selbstverständlich. Aber da das geniale Verhalten der Unabhängigen die Bildung einer reinbürgerlichen Regierung notwendig gemacht hat, hat die Sozialdemokratische Partei kein Interesse daran, die Lebensdauer einer solchen Regierung künstlich zu beschränken. Ihre Oppositionsstellung zu einer solchen Regierung ist von vornherein gegeben, ihr taktisches Verhalten in der Opposition wird aber von den Taten der Regierung selbst abhängen.

So gewiß die Sozialdemokratie auf Antastung der revolutionären Errungenschaften mit den schärfsten Kampfmitteln antworten wird, so wenig kann es dem Wesen einer praktisch-sozialistischen Arbeiterpolitik, wie sie sie treiben will, entsprechen, ohne Rücksicht auf die Handlungsweise der Regierung sofort das letzte Pulver zu verschießen. Die Arbeiter werden das auch vollkommen verstehen, daß ihre Vertretung im Parlament nicht Opposition ins Blaue hineintreibt, sondern daß sie vom Standpunkt ihrer Interessen aus an die Handlungen der Regierung den Maßstab sachlicher Kritik legt, wie das ja auch in früheren Zeiten ganz allgemein geschehen ist.

Unser Ziel muß es bleiben, den durch das Verhalten der Unabhängigen geschwächten Einfluß der Arbeiterklasse auf die Politik des Reiches wiederherzustellen und über das frühere Maß hinaus zu erweitern. Als Mittel dazu kommt eine Fortsetzung der alten Koalitionspolitik oder eine irgendwie anders geartete Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsbildung nicht in Betracht, aber ebensowenig eine ziellose Ministerstürzerei, ohne jede Klarheit darüber, was an die Stelle der gestürzten Regierung zu setzen sei.

Die „wohlwollende Neutralität"

Berlin, 16. Juni. In einer Auslassung der sozialistischen Korrespondenz heißt es: In der bürgerlichen Presse ist viel von der angeblichen wohlwollenden Neutralität die Rede, die die Sozialdemokratie einem Ministerium Trimborn oder Schiffer entgegenbringen sollte. Was man sich unter diesem Wort vorstellt, ist uns nicht recht verständlich. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich einer rein bürgerlichen Regierung oppositionell gegenüberstehen. Ihre erträumte Neutralität könnte also nur darin bestehen, daß sie bei ihrer Opposition das Verantwortlichkeitsgefühl einer Partei nicht vermissen läßt, die regiert hat und vielleicht einmal unter andern Umständen wieder mitregieren wird. Aber dieses Verantwortlichkeitsgefühl ist wiederum eine Selbstverständlichkeit und darüber braucht kein besonderer Vertrag abgeschlossen zu werden.

Eine Erklärung der Demokratischen Partei

Der Führer der Demokratischen Partei, Dr. Petersen, gab Herrn Trimborn folgende Erklärung ab:

Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum ersten Male an mich als den Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei herantritt, gestatte ich mir, das folgende [illegible]:

Nach Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung ernennt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir sehen, besonders nach dem leidenschaftlich geführten Wahlkampf, ein Abweichen von diesem Wege für verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen.

Nur auf dem streng verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Dann haben die Fraktionen und demnächst der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen aussprechen wollen oder nicht.

Unsre Partei erklärt sich, unbeirrt durch die Gehässigkeit des gegen uns geführten Kampfes, ohne parteipolitische Voreingenommenheit, bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt.

Als unerläßliche Bestandteile dieses Programms bezeichne ich von vornherein folgende Punkte:

Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung. Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation. Bekämpfung jedes Versuches der Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Einräumung von Vorrechten an eine Klasse. Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet; Ablehnung jedes Klassen- und Massenhasses, auch des Antisemitismus. Besetzung der Aemter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rückhaltlos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt ausfüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundsätze habe ich schon jetzt hervor, weil sie mir die unerläßliche Voraussetzung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheinen.

Vorschläge im einzelnen zu machen, über Führung unsrer auswärtigen Politik, über die Gestaltung unsres Wirtschaftslebens, über die Förderung unsres kulturellen und sozialen Lebens, über unsre Wehrmacht, steht mir nicht zu, sondern ist Sache des Programms, das der Reichskanzler mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen hat.

Die Stellungnahme der Parteien

Ueber die Sitzung der Deutschen Volkspartei erfährt die Vossische Zeitung folgendes: Die Partei hat nach längerer Debatte beschlossen, sich an einer Regierung der Mitte, der das Zentrum und die Demokraten angehören sollen, zu beteiligen. Sie lehnt es aber ab, gegenüber einer Regierung der alten Koalition, der auch die Mehrheitssozialdemokraten angehören, von vornherein wohlwollende Neutralität zu beobachten. Sie würde gegen ein derartiges Kabinett keine prinzipielle Opposition betreiben, aber sich nicht zu einer Unterstützung durch Neutralität verpflichtet fühlen. In der Fraktion sprach sich die Mehrzahl der Stimmen nicht für ein parteipolitisches, sondern für ein Wirtschaftskabinett aus. Es wurde betont, daß es der Deutschen Volkspartei ziemlich gleichgültig sei, welchen Parteien die Mitglieder des künftigen Kabinetts politisch nahestehen, daß aber Wert darauf gelegt wird, daß die einzelnen Portefeuilles mit hervorragenden Fachleuten besetzt werden. Größres Interesse zeigte sich innerhalb der Deutschen Volkspartei nur für die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums, für das einstimmig einer der besten Sachkenner, Geheimrat Wiedfeldt, in Vorschlag gebracht wurde, der auch das Vertrauen der Arbeiter genieße. Auch über die Besetzung des Außenministeriums wurde lebhaft debattiert; es tauchten Namen wie Graf Brockdorff-Rantzau und Admiral v. Hintze auf. Schließlich einigte man sich aber in der Fraktion dahin, sich mit Geheimrat Simons einverstanden zu erklären.

Auch in der Zentrumsfraktion war die Stimmung durchweg einseitlich für einen Block der Mitte und für ein größtenteils aus Fachministern bestehendes Kabinett. Das Zentrum legt großen Wert darauf, daß der Reichskanzler seiner Fraktion entnommen wird. Sowohl die Deutsche Volkspartei als auch das Zentrum erklärten, es begrüßen zu wollen, wenn auch mehrheitssozialistische Fachminister in das Kabinett eintreten würden. Es wurde besonders der gegenwärtige preußische Minister des Innern Severing genannt für das Reichsministerium des Innern.

Die Deutschnationale Volkspartei äußert in einer öffentlichen Erklärung ihre Unzufriedenheit darüber, daß bis zur Stunde niemand mit dem Ersuchen um Teilnahme an den Verhandlungen für die Regierungsbildung an sie herangetreten sei. Das müsse um so mehr befremden, weil durch die Erklärungen der Fraktionen und durch die Haltung der Deutschnationalen seit den Wahlen ihre Bereitwilligkeit feststehe, den Bedürfnissen des Vaterlandes, und zwar unter Opfern der Parteianschauungen und der Parteiinteressen gerecht zu werden.

Was nun?

In einem Artikel in der Wiener Arbeiterzeitung äußert sich Karl Kautsky über die durch die Wahlen geschaffene Lage. Seine Ausführungen enthalten eine scharfe Kritik des Verhaltens der Unabhängigen Partei, der ja auch Kautsky noch immer angehört. Wir lassen den Artikel Kautskys hier folgen.

Die Wahlen in Deutschland sind vollzogen. Sie haben ungefähr das gebracht, was sie versprachen: Stärkung der Deutschnationalen, der Nationalliberalen und der Unabhängigen, Rückgang der Mehrheitssozialisten und der Demokraten. Diese Verschiebung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Gar mancher träumte von der Vernichtung der Mehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernsthafte Arbeiterpartei dastünden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Sieg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Mehrheitssozialisten haben arg verloren, sind jedoch immer noch stärker als die Unabhängigen. Und nach verschiedenen andern Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Ebbe ihres Rückganges bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstieges.

Auf jeden Fall ist die Idee ad absurdum geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheitler führen. Wir stehen nur noch vor der Alternative: entweder Zersplitterung und damit Schwächung des deutschen Proletariats ins Unabsehbare, oder Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Wer diese Arbeitsgemeinschaft hindert, übernimmt eine furchtbare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten tauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Uebergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet den größten Schwierigkeiten. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wäre kaum größer als die der beiden Alternativen.

Wohl verfügten die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigten, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Uebernahme der Regierung durch eine Minderheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt dem offenkundigen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andre zu sprengen vermag. Und das System Noske ist überwunden. Da brauchten die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereinigt würden aber die Sozialisten die weitaus stärkste unter den Parteien der Nationalversammlung bilden. Machen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, schicken sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen, dann wagen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter in der Nationalversammlung nicht, gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit bester Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon bemerkt, die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den wahnsinnigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstockung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Anderseits, wenn auch nicht die sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen, bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit geboten ist.

Die Bekämpfung des Schiebertums, die man ihr zuweist, kann allerdings nur durch eine Vermehrung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schiebertum ist ein Ergebnis des Mangels an Produkten, es tritt überall auf, wo solcher Mangel herrscht. Die französische Schreckensherrschaft von 1793 ebenso wie der bolschewistische Terror versuchten vergeblich, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmaßregeln vermehrten bloß seine Betriebskosten (Bestechungen, Transportkosten usw.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maße, in dem die Produktion wächst, hört das Schiebertum von selbst auf.

Was aber nicht aufhört, was immer mehr zunimmt, das ist die Ausbeutung der Massen durch die großen Monopolisten, namentlich der Bergwerke. Hier ist rücksichtslose Sozialisierung schon jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Gesellschaft. Eine

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200616/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzte und die Kohlenförderung ausdehnte, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.

Ebenso wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Latifundien (nicht ihre Zerschlagung) geboten.

Für ein Aktionsprogramm dieser Art wäre eine Mehrheit in der Bevölkerung wohl zu gewinnen, wenn eine einige Sozialdemokratie dahinter stünde. Wie aber zu dieser Einigkeit gelangen? Das Fragezeichen am Ende dieser Frage hat leider der Größe nach nichts eingebüßt.

Soll nun die alte Koalition erneuert werden? Aber deren Hauptmangel war ihre innere und äußere Schwäche. Die ist durch das Wahlergebnis im höchsten Grade vermehrt worden. Eine Koalitionsregierung kann unter Umständen geboten sein, aber der Eintritt der Mehrheitssozialisten allein in diese Koalition wäre politischer Selbstmord.

So bleibt nur die dritte Alternative übrig: die einer rein bürgerlichen reaktionären Regierung. Unsre unabhängigen Freunde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparats an die ärgsten Feinde des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Schrecken sie nicht die Spuren Ungarns? Proteste gegen den weißen Terror sind eine sehr schöne Sache. Proteste beweisen aber stets nur die eigene Ohnmacht. Angezeigter ist es, dem Gegner eine Machtposition nicht auszuliefern, als ihn auffordern, sie zu besetzen, und sich dann zu entrüsten, daß er sie schonungslos ausnützt.

Und ebenso leer wie Proteste sind Rekriminationen darüber, daß die Rechtssozialisten an dem Erstarken der Reaktion schuld seien. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter untersucht sei, sind die vergangenen Fehler andrer noch kein Freibrief für die eignen, die man zu begehen sich anschickt.

Nun tröstet man sich freilich damit, daß man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Regierung da ist, wird sie schon das Proletariat in einer Weise mißhandeln, daß es sich gegen sie zusammenschließt und so endlich die Einheitsfront gewinnt.

Kein Zweifel, diese Einigung wäre ein großer Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise errungen werden müssen. Aber die politische Reife der für die Einigung maßgebenden proletarischen Schichten Deutschlands erscheint dabei nicht in glänzendstem Lichte. Denn das sagt doch nichts andres, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen, ehe man von den Gegnern dazu geprügelt wird.

Zweckmäßiger wäre es wohl, sich vorher zu einigen, um die Macht zu gewinnen, als den Gegnern zur Macht zu verhelfen, bloß damit man sich zu einigen vermag. Es ist immer ein Zeichen der Rückständigkeit, wenn man das Notwendige nicht rechtzeitig genug erkennt, um es freiwillig tun zu können, sondern wartet, bis man durch äußere Momente dazu gezwungen wird. Das Endergebnis mag dasselbe sein, aber wie groß sind die unnützen Opfer, die dieser zweite Weg erfordert!

Kein Zweifel, das deutsche Proletariat wird sich behaupten trotz alledem. Aber man muß befürchten, daß das Lehrgeld ungeheuer groß sein wird, das von ihm und dem ganzen deutschen Volk noch zu bezahlen sein wird, ehe es zum dauernden und fruchtbringenden Besitz der Staatsgewalt gelangt, der ihm bei nötiger Einsicht und Einheitlichkeit jetzt schon zugänglich wäre.

Flensburgs Befreiung

Flensburg, 15. Juni. Die englischen Truppen haben heute morgen Flensburg verlassen. Sie gehen nach Kopenhagen. Die französischen Besatzungstruppen werden morgen nach Metz befördert.

Deutschlands Heeresverminderung

Amsterdam, 15. Juni. In der schriftlichen Antwort Lloyd Georges auf eine im englischen Parlament gestellte Frage über die von Deutschland zur Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen getroffenen Maßnahmen heißt es u. a.: Am 10. Juni wurde in einem deutschen Funkspruch amtlich bekanntgegeben, daß bis zu diesem Tage das deutsche Heer auf 200 000 Mann vermindert worden sei. Diese Mitteilung sei noch nicht nachgeprüft. Doch liegen Anzeichen dafür vor, daß das deutsche Heer im letzten Monat beträchtlich vermindert worden ist. Die deutsche Regierung erteilte den Befehl zur Auflösung und Entwaffnung der unerlaubten Formationen und der Einwohnerwehren. Sie dringt aber noch immer auf die Erlaubnis zur Beibehaltung einer bewaffneten Gendarmerie. 28 877 Geschütze und 37 262 Maschinengewehre sind ausgeliefert worden.

•

Spa

Nach einer Lloydmeldung sagte Lloyd George gestern im Unterhaus, das Datum der Konferenz von Spa sei mit Rücksicht auf die Bildung einer neuen deutschen Regierung noch nicht festgesetzt, doch werde die Konferenz wahrscheinlich am 5. Juli beginnen. Der Gedanke einer Zusammenkunft von französischen und englischen Staatsmännern in Brüssel sei nicht neu. Es sei stets geplant gewesen, daß die Alliierten vor der Zusammenkunft mit Deutschland eine Besprechung abhalten.

Der asiatische Wirrwarr

Paris, 15. Juni. Nach einer Londoner Meldung des Temps kursiert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfällt, der Oberste Rat gewisse bedeutende Abänderungen der türkischen Friedensvertragsbedingungen ins Auge fassen könne. Eine Atmosphäre der Beunruhigung scheine in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte von Mustapha Kemal-Pascha nicht nur ganz Kleinasiens, sondern auch der asiatischen Küste des Marmarameeres mit Ausnahme von Ismid, wo sich noch eine türkische Garnison halten könne, bemächtigt haben. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffsroute, die von Gallipoli nach Konstantinopel führe, beherrscht.

Nach einer Havasmeldung aus Teheran sind in Mossul schwere Unruhen ausgebrochen. 6000 Araber haben die Staatsgebäude angegriffen. Man meldet zahlreiche Tote. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung getötet worden.

Einer Blättermeldung aus Rom zufolge ist die Lage in Albanien äußerst ernst, da die albanischen Aufständischen durch Serben verstärkt wurden, deren Uniform und Waffen amerikanischen Ursprungs sein sollen.

Spaltung der amerikanischen Republikaner

Paris, 15. Juni. Nach einer Meldung des Newyork Herald spricht man von einer Spaltung der amerikanischen republikanischen Partei wegen der Niederlage des Senators Johnson bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten. 48 Mitglieder der Partei hätten ein Komitee gebildet, und einer der Unterzeichner, Pinchot, habe auf den 10. Juli einen Konvent einberufen, um einen neuen Kandidaten zu benennen.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

London, 15. Juni. Das Reuterbureau erfährt, daß eine neue Konferenz zwischen Krassin und den englischen Ministern stattfinden werde, sobald Krassin aus Moskau Antwort auf die bei den bei den ersten Verhandlungen aufgeworfenen Fragen erhalten habe. Auf die Frage der russischen Schuld, die als die wichtigste angesehen wird, hat Krassin bisher eine Antwort aus Moskau nicht erhalten.

•

Englische Absage an Lenin

Der Brief Lenins an die englischen Arbeiter liegt jetzt im Auszug vor. Es ist darin wenig von dem Geist zu spüren, den andre Dokumente dieses Diktators atmen. Geradezu grotesk ist die Kurzsichtigkeit, mit der Lenin auch heute noch an dem Phantom der Weltrevolution festhält. Im großen und ganzen läuft nach den vorliegenden Auszügen der Brief darauf hinaus, die englische Regierung durch positive Unterstützung antibolschewistischer Bewegungen zu treiben. Die Arbeiterschaft Englands solle die Regierung gewaltsam stürzen, dann werde sie sich in den Besitz der Geheimdokumente setzen. Der Ton des Briefes verrät die Unzufriedenheit Lenins mit dem Verlauf des Delegiertenbesuches. Die Arbeiterschaft von ihren Führern zu trennen ist mit sein Zweck.

Die Mitglieder der englischen Delegation sind auf der andern Seite von ihrem Besuch in Rußland ebensowenig enttäuscht wie Lenin selbst. So äußerte der Abgeordnete des Unterhauses Tom Shaw (Arbeiterpartei), daß Lenin über die Stimmung in England sehr schlecht informiert ist und daß es für ihn eine Ueberraschung war, zu erfahren, daß das englische Volk gar nicht an eine Revolution denkt. Lenin ist ein entschlossener Mensch, der genau weiß, was er will, aber außerordentlich doktrinär. Er betrachtet seine Vermutungen als erwiesene Tatsachen. Die Zumutung Lenins England solle eine Revolution machen und durch Blut waten, um die Geheimdokumente des englischen Auswärtigen Amts zu finden, die beweisen sollen, daß England Polen und Wrangel gegen die Bolschewisten unterstützt, bezeichnet Shaw als albern. Shaw erklärt schon jetzt daß ihm der Bolschewismus nicht gefällt. Auch ist er der Ansicht, daß der Bolschewismus außerhalb Rußlands nicht lebensfähig wäre.

Die polnische Wirtschaft

Amsterdam, 14. Juni. Eine drahtlose Moskauer Meldung besagt: Die roten Truppen haben Kiew besetzt. Vor der Räumung haben die Polen die Wladimirkathedrale, die Bahnhöfe, die Elektrizitätszentrale und die Wasserleitung gesprengt. Diese Maßnahme, die durch keine militärische Notwendigkeit zu begründen ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

• • •

Man hat allen Grund, sowohl die bolschewistischen als auch die polnischen Siegesmeldungen mit Vorsicht aufzunehmen. Immerhin — da ja der polnische Generalstab in seinem jüngsten Heeresbericht, den wir gestern veröffentlichten, selber die Preisgabe Kiews zugibt, allerdings verbrämt durch die Redensart vom „strategischen Rückzug" und durch Nachrichten von Teilsiegen, so fehlt jeder Anlaß, an der Richtigkeit der Moskauer Depesche zu zweifeln. Die schwergeprüfte Hauptstadt der Ukraine hat also wieder einmal ihren Herrn gewechselt. Nach englischen Blättern, die aus nordischen Quellen schöpfen, handelt es sich aber für Polen diesmal nicht bloß um einen vorübergehenden Wechsel des launischen Kriegsglücks, sondern um den Beginn einer Katastrophe, deren Ausgang und Folgen heute noch nicht vorausgesehen werden können. In dieser Not sind plötzlich auch die polnischen Ueberimperialisten, deren Eroberungssucht kein Ziel kannte, die jeden Schritt ihres Landes, darüber dem Namen nach irgendwann einmal der weiße Adler herrschte, beanspruchten, klein geworden. Alle Parteien, wird gemeldet, sind sich jetzt darüber einig, daß man so schnell wie möglich das Friedensangebot an Rußland, das schon länger als eine Woche bereitliege, abfassen müsse. Die Situation Polens hat also verteufelte Aehnlichkeit mit der Deutschlands im Herbste 1918. Es kommt dazu, daß der junge Oststaat von schweren inneren Krisen erschüttert wird. Noch immer ist das Land ohne Regierung; Streiks und Lebensmittelunruhen zerrütten seinen Körper. Wäre es schon bei äußerem Frieden eine Herkulesarbeit gewesen, im Lande Zustände zu schaffen, die eine gedeihliche Entwicklung verbürgen, jetzt erscheint es unmöglich.

Ein schlechter Deich also ist, ganz gegen die Hoffnung seiner Begründer, das neue Großpolen wider die rote Flut von Osten, und nur an Rußland liegt es jetzt, ob er zerbricht. Hat die bolschewistische Armee nur einigermaßen Stoßkraft, so dürfte es ihr nicht schwer werden, ihre Front bis weit nach Polen, vielleicht gar bis an die deutsche Grenze vorzutragen. Der bolschewistische Gedanke hat, Nachrichten aus Polen zufolge, diesen Siegeszug längst angetreten, namentlich unter der Industriebevölkerung gewinnt er immer mehr Anhang. Auch Polen bietet, wie es vordem Ungarn tat, ein deutliches Beispiel für die Wahrheit unsrer längst und immer wieder ausgesprochenen Behauptung: Für den Bolschewismus gibt es keinen besseren Wegbereiter als den Imperialismus, ganz gleich, ob er sich nun schwarzweißrot oder grünweißrot oder rotweiß draptiert.

•

Die deutschen Bolschewistenbefehle

Berlin, 15. Juni. Der offizielle polnische Heeresbericht vom 8. Juni erwähnt, daß aufgefangene Bolschewistenbefehle und Meldungen zum Teil in deutscher Sprache abgefaßt seien. Hieraus ist das Gerücht entstanden und in der polnischen Presse verbreitet worden, daß die Bolschewistenarmee von einer großen Anzahl deutscher Offiziere geführt werde. Es mag sein, daß einige frühere deutsche Kriegsgefangene in Rußland aus Abenteuerlust oder auch aus Not, weil ihnen die Rückkehr in die Heimat verschlossen war, in der Roten Armee Dienste genommen haben so wie dies auch in den Armeen Denikins und Koltschaks der Fall gewesen sein soll. Die Unterstellung, als seien deutsche Offiziere mit Wissen der Reichsregierung in die Rote Armee eingetreten, muß aber als eine durch nichts gerechtfertigte Erfindung auf das bestimmteste zurückgewiesen werden.

Deutsches Reich

Das Personal des Reichswirtschaftsministeriums

Den P. P. N. wird geschrieben: In der Vossischen Zeitung vom gestern abend befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift „Aufklärer", der so viel sachliche Irrtümer und Unrichtigkeiten enthält, daß es geboten erscheint, die in ihm enthaltenen Angaben zu berichtigen. Um so mehr, als diese Angaben geeignet sind, die Arbeitsfreudigkeit der Beamten und Angestellten der Ministerien, deren schwere Arbeit durch diesen Artikel in unschöner Weise herabgesetzt wird, zu untergraben. Die Zahlen, die die Vossische Zeitung angibt, können mit Fug und Recht phantastisch genannt werden. Die 1600 plus 500 gleich 2100 Köpfe z. B. des Reichswirtschaftsministeriums sind in der Tat 820, wobei 46 nur stundenweise beschäftigte Reinemachefrauen, 13 Heizer und eine Reihe sonstiger Arbeiter enthalten sind. An Stelle der 500 Stenotypistinnen, die die Vossische Zeitung nennt, sind im Reichswirtschaftsministerium 143 beschäftigt. Die bloße Gegenüberstellung dieser Zahlen dürfte genügen, um die Behauptung der Vossischen Zeitung zu widerlegen, wonach für jeden Referenten zwei bis drei Schreibmaschinendamen zur Verfügung stünden. Es darf nicht vergessen werden, daß von den 820 insgesamt im Reichswirtschaftsministerium beschäftigten Personen eine durch die Uebernahme des Demobilmachungsamtes und andrer Behörden vergrößerte Arbeitsleistung vollbracht werden muß, die sich zahlenmäßig beispielsweise dadurch veranschaulichen läßt, daß im Reichswirtschaftsministerium durchschnittlich 30 000 Tageseingänge im Monat zu bearbeiten sind, wobei noch der interne Schreibverkehr zwischen den Ministerien nicht berücksichtigt ist. Bei der Trennung des Reichsernährungsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums ist sogar aus Gründen der Ersparnis darauf verzichtet worden, einzelne Stellen, wie es nötig gewesen wäre, doppelt zu besetzen, so daß heute noch die Bibliothek, das Archiv, die Presseabteilung usw. mit ihren Beamten für beide Ministerien sich im Hotel Cumberland befinden.

Die Schicksalsfrage Europas

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Weltkrieges haben die Schicksalsfrage Europas und damit die Schicksalsfrage der gesamten Kulturmenschheit in ihrer ganzen verhängnisvollen Breite aufgerollt. Die politische, ökonomische und kulturelle Vorherrschaft Europas über den Planeten war bis vor dem Kriege unbestritten. Von dem zweifelnden Erdteil, der nur ein Fünfzehntel der bewohnten Erdoberfläche, aber annähernd ein Viertel aller lebenden Menschen umfaßt, strömten die geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Impulse über die ganze Welt. Europa war das Herz und Gehirn des Erdballs, der riesengroße Tempelstätte der Wissenschaft, der Kunst, der Technik und der Arbeit, die ungeheure Werkstatt der Welt, die wie die Rohstoffe, so auch die Kulturelemente der Völker aller Erde in sich zog und veredelte und jenen ungeheuren Reichtum aufspeicherte, dessen Glanz es über alle Erdteile erhob. Die ökonomische und kulturelle Ueberlegenheit Europas gab ihm auch die politische Gewalt über die Welt. Von den acht Großmächten die sich vor dem Kriege in die Herrschaft über die Erde teilten, waren sechs europäische Großmächte. Die Vereinigten Staaten stiegen erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten und Japan erst an der Wende des zwanzigsten Jahrhunderts zu dem Rang von Großmächten empor. Die Führung der Weltpolitik lag bis vor dem Kriege unbestritten in den Händen der Mächte Europas.

Der Weltkrieg hat die Grundlagen der Herrschaftsverhältnisse der Großmächte völlig verändert. Im Ablauf eines halben Jahrzehnts versanken drei von den acht Großmächten in Schutt und Trümmer; dem Zerfall des mächtigen Rußland folgte der Zusammenbruch des stolzen Deutschen Reiches und die Zertrümmerung der uralten Habsburgmonarchie. Drei Großmächte im siegenden Fünfgroßmächtekongreß, Frankreich und Italien, verließen wundbedeckt, entblutet und zu Tode erschöpft die Walstatt des Krieges. Die aus diesem beispiellosen Ringen gestärkt und bereichert allmählich als wirkliche Sieger hervorgingen, sind die außereuropäischen Großmächte Amerika und Japan und die außerkontinentale Weltmacht England. Was vor dem Kriege auf dem Festland in der Welt Macht und Geltung besaß, ist nunmehr ein einziger hoffnungsloser Trümmerhaufen. Der kunstvolle, feinfühlige Wirtschaftsmechanismus, der Europa trotz seiner tausendfältigen politischen und nationalen Zerklüftung organisch verband, wurde durch den Weltkrieg in seinen Elementen zerschlagen. Dreiunddreißig in sich zerrissene, tief erschütterte Staatswesen ringen verzweifelt mit dem fortschreitenden Verfall der Wirtschaft, mit der wachsenden Hungersnot. Die europäische Krise, die der Weltkrieg einleitete, hat der Versailler und Saint Germainer Friede grausam verschärft. Die unermeßliche Wirtschaftsnot, die der Krieg erzeugt, und die der „Friede", der die Rivalitäten der Staaten lebendig erhielt und schroffer gestaltete, steigerte, hat Europa in Tiefen der Verelendung gestürzt, aus denen es aus eigner Kraft im Zustand seiner staatlichen Zerrissenheit sich nicht mehr zu erheben vermag. Der Prozeß der Verarmung Europas schreitet mit Riesenschritten fort. Die Arbeitsergiebigkeit, die industrielle und landwirtschaftliche Produktionskraft sinkt erschreckend; die Ernährungsbasis verengt sich, Unterernährung, Massenerkrankungen, Kindersterblichkeit, vorzeitiger Tod der Erwachsenen erreichen ungeahnte Dimensionen: die Verödung Europas, seine Rückentwicklung zur Agrarwirtschaft, die Verwüstung seiner hunderte Städte kündet sich merkbar an.

Der Uebergang der großen europäischen Staaten in die zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts von der Agrar- zur Industriewirtschaft, der eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl ermöglichte, hat die Ernährung Europas von den überseeischen Lebensmittelzufuhren abhängig gemacht. Die Gegenwerte, die Europa dafür waren seine industriellen Produkte und die Summe der geistigen und kulturellen Arbeit, die Europa als Träger der modernen Kultur der überseeischen Welt leistete. Wie die Donaumonarchie in der Habsburgmonarchie so spielten die Europäer in der Völkergemeinschaft der Erde die Rolle der Bourgeoisie, die in ihrer Gesamtheit mehr Werte empfing, als sie hingab. Die Zerstörung des wirtschaftlichen Apparates Europas hat die Grundquellen seiner Kraft und seines Ansehens erschüttert; der Krieg hat sein außerkäufliches Kapital verzehrt und nun steht es gleichsam am Beginn eines neuen großen Produktionsprozesses, entblößt aller Mittel, hilfesuchend die Blicke nach jenem reichen Westen gewendet, auf den die Kraftzentren der politischen Schicksalsbestimmung der Welt übergegangen sind.

Aber jener welthistorische Prozeß, der die drei Großmächte zu den einzig bestimmenden Weltmächten erhob, hat gleichzeitig ihre Interessen von Europa abgelenkt. Den gewaltigsten Machtzuwachs im Kriege errang zunächst Britannien. Es vermochte sein ungeheures Imperium organisch zu schließen, zum Zentrum seiner Macht, zu Indien, alle Landbrücken zu schlagen, die Einheit zwischen Kapstadt, Kairo und Kalkutta herzustellen und den Indischen Ozean zu einer britischen See zu gestalten. Die ökonomischen Möglichkeiten, die durch die Erschließung dieser ungeheuren Territorien des englischen Kapitals harren, sind so riesengroß, daß sie den Ausfall des kontinentalen Geschäftes reichlich wettmachen. So wenig Europa vom britischen Kapital großzügige Hilfe ernsthaft zu erhoffen hat, so noch weniger vom amerikanischen Finanzkapital. Ist es vornehmlich Afrika und Asien, dem sich das britische Kapital zuwenden wird, so ist die Erschließung des amerikanischen Erdteils beherrscht von der panamerikanischen Idee, die alle Kräfte der Vereinigten Staaten bindet und sie von Europa abwendet. Sind so die Ausbeutungssphären auf der östlichen und westlichen Halbkugel zwischen den beiden Weltmächten verteilt, so ist das natürliche Expansionsgebiet für den japanischen Imperialismus China mit seinen unerschöpflichen Reichtumsquellen, auf das es mit der Besitzergreifung Schantungs, mit der Erwerbung von Bergwerks-, Eisenbahn- und Bankkonzessionen, mit Staatsanleihen und Plantagenpachtungen, mit seinen im Kriege angesammelten Kapitalien und seiner im Kriege gewaltig vergrößerten Handelsflotte seine Hand gelegt hat; dieses Reich und die Arbeitskräfte einer vierhundertmillionenköpfigen Bauernklasse sind das „natürliche" Ausbeutungsobjekt des japanischen Kapitalismus. Die Neuaufteilung der Erde hat dem Kapital der drei ringenden Imperien außerhalb Europas Möglichkeiten der gewinnreichsten Tätigkeit eröffnet — das Kontinentaleuropa wird hilflos seinem Geschick und sich selbst überlassen bleiben. Die einpersönliche Vorstellung der dominierenden Stellung Europas weicht allmählich der bangen Erkenntnis daß nicht der Strom des künftigen geschichtlichen Geschehens nicht mehr durch Europa, sondern an den Gestaden Europas vorbeiziehen wird, jene Machtzentren fluten wird, denen der Krieg überragende Bedeutung verliehen hat. Der Schwerpunkt der Weltpolitik wird allmählich vom Mittelländischen Meere und dem Atlantischen Ozean auf den Großen Ozean wandern. Gelingt es dabei Europa nicht, sich rechtzeitig aufzurafen und die entfliehende Macht aus eigenen Kräften zu halten, dann ist diesem Europa das gleiche Schicksal beschieden, wie dem Spanien des Mittelalters, das die Verlegung der Welthandelsstraße mit seinem Verfall bezahlen mußte. Damit wäre aber auch die moderne Kultur auf das schwerste bedroht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200616/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gegen den Abbruch von Ziegeleibetrieben

In letzter Zeit mehren sich auffällig Angebote über Abbrüche leistungsfähiger Ziegeleibetriebe, die lediglich aus spekulativen Gründen erfolgten. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich gewandt mit dem dringenden Ersuchen, den unwirtschaftlichen Abbruch von Ziegeleien im Interesse der Allgemeinheit und der in ihrer Existenz bedrohten Arbeiterschaft mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Gesetzliche Handhaben finden sich in der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 und in der Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919.

Gleichzeitig hat das Reichswirtschaftsministerium zur Verhinderung der unwirtschaftlichen Ausschlachtung von Betrieben angeordnet, daß die Ausfuhr gebrauchter Maschinen in Zukunft beschränkt werden soll. Diese wird nur dann genehmigt, wenn im Benehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden, insbesondere den Gewerbeaufsichtsämtern, festgestellt ist, daß damit wesentliche wirtschaftliche Interessen des Inlandes nicht beeinträchtigt werden.

Oskar Cohn und das russische Geld

Die Hamburger Nachrichten vom 8. Juni berichten, daß der unabhängige Abgeordnete der Nationalversammlung, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, auch jetzt noch über das Geld der russischen Regierung in Deutschland verfügen könne. Von zuständiger Stelle wird den V. V. N. dazu erklärt, daß die Nachricht unzutreffend ist. Das Konto der Sowjetregierung ist gesperrt. Es unterliegt der Entscheidung des Reichsfinanzministeriums, ob und inwieweit die Sperre im einzelnen Fall aufgehoben werden kann.

Das Flugblatt über den geplanten Generalstreik

Der Täglichen Rundschau scheint es peinlich zu sein, zuzugeben, daß das Flugblatt, das sie kürzlich unter sensationeller Ueberschrift groß aufgemacht zum Beweise für einen bevorstehenden Generalstreik und eine ihm folgende Revolution mit der Waffe veröffentlichte, die Gelegenheitsleistung einiger weniger Personen, nicht etwa wie die Aufmachung der Tägl. Rundschau glauben ließ, die Willenskundgebung maßgebender großer politischer Organisationen gewesen ist. Das Blatt dürfte Verständnis dafür haben, daß nicht alles, was einzelne törichte Offiziere oder Rechtsprinzipisten drucken lassen, den Rechtsparteien in die Schuhe geschoben werden darf; es wird darum schon zugeben müssen, daß Flugblätter, die von Eisenbrüllern fabriziert werden, auch nicht den Linksparteien auf das Konto gesetzt werden dürfen, wenn, wie im vorliegenden Fall, die Namen großer linksstehender Organisationen mißbraucht worden sind. Es steht wie die V. V. N. erfahren, fest, daß das Flugblatt, mit dem die Tägliche Rundschau den Bürger schrecken wollte, nur von wenigen Personen verantwortet wird, und daß es den großen Organisationen, die darunter stehen, nicht vorgelegen hat.

Die Tragödie von Bad Thal

Marburg (Lahn), 15. Juni. Das Gericht der ehemaligen 22. Division begann die Verhandlungen wegen der Vorkommnisse bei Bad Thal (Thüringen). Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch in Verbindung mit Totschlag. Der Hauptangeklagte Leutnant a. D. Jund. Gött. Göbel erklärte, daß die erschossenen Gefangenen auf dem Transport nach Sättelstädt Fluchtversuche unternommen hätten. Das gleiche behaupten die weiteren drei Angeklagten Tuselbrecht, Rahn und Kraus. Mittwoch findet in Mühlberg eine Lokalbesichtigung statt.

Die Pfälzer Landtagswahlen

Aus Speyer wird gemeldet: Nach endgültiger Feststellung erhielten von 358 337 Stimmen Sozialdemokraten 83 308 (4 Sitze), Bayerische Volkspartei 93 203 (4), Demokraten 32 907 (1), Deutsche Volkspartei 104 450 (5), Unabhängige 38 819 (1), Kommunisten 3798 (—).

Die Braunschweiger Obstruktion. Um der vereinigten bürgerlichen Minderheit die weitere Verhinderung der sozialistischen Regierungsbildung unmöglich zu machen, beantragte in der Landtagssitzung vom Dienstag Abg. Paul Jinke (U. Soz.), die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses künftig nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit erfordern solle, sondern daß das Haus schon beschlußfähig sein soll, wenn die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Die Bürgerlichen verhinderten aber auch die Annahme dieses Antrags, indem sie das Haus verließen und es beschlußunfähig machten.

Lieferstreik. Eine Hauptausschußsitzung des Badischen Bauernverbandes beschloß, die Mitglieder des Verbandes aufzufordern, zum Protest gegen die Bewirtschaftung der Fleischmangelwirtschaft die Abgabe jeglicher Art Schlachtvieh an die Kommunalverbände im ganzen Lande zu verweigern.

Neuer Präsident des Hansabundes. Der Begründer und bisherige Präsident des Hansabundes, Geheimrat Dr. Rießer, ist von der Leitung des Bundes zurückgetreten, um sich ganz der Politik zu widmen. Generaldirektor Dr. Endemann, Hannover, wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Präsidiums betraut.

Gegen die hohen Fleischpreise. Wie dem Vorwärts aus Nürnberg gedrahtet wird, hat der dortige Stadtrat beschlossen, die von der bayerischen Landesviehstelle neuerdings geforderten hohen Preise für Schlachtvieh abzulehnen, da der durch die abenteuerliche Preissteigerung bedingte Preis von 10 M. für das Pfund Fleisch von der Bevölkerung nicht gezahlt werden könne. Entsprechend diesem Beschluß werden die im Schlachthof Nürnberg zu dem erhöhten Preis bereits eingetroffenen 300 Stück Großvieh wieder zurückgegeben. Der bayerische Städtetag soll angegangen werden, sich dieser Aktion anzuschließen. Ferner wurde beschlossen, vom 1. August an das Fleischkartensystem aufzuheben.

Die tiefste Ursache der Ohnmacht Europas ist seine politische und wirtschaftliche Zerrissenheit. Auf dem Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika, das an Umfang nahezu dem von Europa gleichkommt, siedeln achtundvierzig Staaten, die eine innig geschlossene wirtschaftliche und politische Einheit bilden. Europa ist in dreiunddreißig Staaten zerrissen, die in heftigster Rivalität gegeneinander leben, wirtschaftlich gegeneinander abgeschlossen sind und einen großen Teil ihrer Kräfte im Wettrüsten in steter Kampfbereitschaft und blutigen Kriegen vergeuden. Noch besitzt Europa einen so reichen Vorrat an Produktionsmitteln, daß es sich, wenn seine Wirtschaft planmäßig organisiert und alle Kräfte der Produktion zugewendet werden würden, aus dem Zustande der Entbehrung aus eigenen Kräften zu erheben vermöchte. Aber der Idee der organisierten Gemeinwirtschaft, die sich nur auf der Basis der europäischen Solidarität zu erheben vermag, steht vorerst noch die Tatsache der planlosen kapitalistischen Wirtschaft entgegen, die die Konkurrenz aller gegen alle innerhalb der Wirtschaftsgebiete und innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft zum Lebensgesetz erhoben hat. Wenn Dante in die erschütternde Klage ausbricht: „O Menschheit! Von wieviel Stürmen und Verlusten, von wieviel Schiffbrüchen mußt du heimgesucht werden, da du ein vielköpfiges Ungeheuer geworden bist und dein Trachten auseinandergeht . . .", so zeichnet er ein Bild der Zustände, die auch heute nicht überwunden, im kapitalistischen Wesen unserer Zeit geradezu begründet sind. Dieses kapitalistische „Trachten", das einstmals der Quelle jener ungeheuren Kräfte war, die Entfaltung der Produktivkräfte, den Reichtum Europas bewirkte und seine beherrschende Stellung in der Welt schuf, wird heute Europa zur Ursache seines Verfalls und Untergangs.

So wird nur einzigen Rettung Europas der Sieg seiner Arbeiterklasse. Sie ist die Trägerin der internationalen Solidarität; mit ihrer wachsenden Macht verringern sich die Gegensätze zwischen den Völkern und Staaten, mit ihrem Sieg fallen die Schranken, die sie voneinander scheiden. Nur allein das siegende Proletariat vermag die Einheit Europas und seine Wirtschaftsgemeinschaft zu verwirklichen, ohne die es nicht genesen vermag. So ist das Schicksal des Sozialismus das Schicksal Europas geworden, wie vorgeahnt das Schicksal Europas das Schicksal des Sozialismus ist; denn mit dem Verfall Europas verdorrt seine stärkste Wurzel.

Der Verkehr nach dem Abstimmungsgebiet Marienwerder. Wie der Berliner Lokal-Anzeiger aus Marienwerder erfährt, beabsichtigt die alliierte Kommission zur Sicherstellung der Beförderung der Abstimmungsberechtigten durch den Korridor in den nächsten Tagen eine Konferenz einzuberufen, zu der ein deutscher und ein polnischer Vertreter geladen werden sollen. Sollte der Verkehr von polnischer Seite gewaltsam gehemmt werden, so würde man die Züge durch italienische Offiziere begleiten lassen.

Wie war's im Januar 1919?

Die Rote Fahne, die bisher die Schuld der Kommunisten an dem verhängnisvollen Januarputsch von 1919 hartnäckig leugnete, bekennt sich jetzt, da sie sich im Kampf mit der K. A. P. D. befindet, endlich zur Wahrheit. Sie protestiert in ihrem letzten Sonntagsleiter gegen eine Feier, die die K. A. P. D. am Grabe Rosa Luxemburgs veranstaltete, schildert die Aufgaben, die den Kommunisten im Januar 1919 zugefallen waren, und fährt dann fort:

> Die junge Partei war damals weder geistig noch organisatorisch befähigt, eine solche Probe zu bestehen. Organisatorisch nicht. Denn sonst hätte es nicht kommen dürfen, daß damals die **Albert Fister** und **Schröder-Mahnke** unter den Delegierten und — versteht sich — unter den „Erzradikalen" waren. Und sie waren nicht die einzigen ihrer Sorte. Sie war auch geistig noch nicht imstande. Sie unterlag den Stimmungen jener gespannten Dezembertage und **unterlag dem Phrasenschwall und Maulheldentum eines Otto Rühle.** Als Rosa Luxemburg den fragte: „Und wenn die Nationalversammlung zusammentritt, was machen wir dann?", da war die prompte Antwort: „**Mit Maschinengewehren auseinandertreiben**". Er hatte die Radikalen und die Erzradikalen für sich und für dieses einfache Rezept. Die Radikalen aber wenigstens waren ehrlich. **Acht Tage später** handelten sie nach dem Rezept und viele haben ihr Blut und ihr Leben dabei gelassen. Otto Rühle aber saß in Dresden, war weiter radikal und sagte, als die in Berlin nach seinem Rezept handelten: „Die sind verrückt geworden in Berlin."

Der Vorwärts bemerkt dazu: Die Rote Fahne schreibt noch in diesem Zusammenhang, der Vorwärts habe Rosa Luxemburg damals verleumdet. Wir haben damals allerdings geglaubt, daß die ganze kommunistische Partei für den Januarputsch solidarisch verantwortlich sei, und das war sie auch in dem Sinne, daß ihre ganze Geistesrichtung dem Spitzel- und Abenteurertum einen allzu fruchtbaren Nährboden bot. Daß Rosa Luxemburg persönlich eine Gegnerin des Putsches war, haben wir seitdem bei jeder Gelegenheit hervorgehoben.

Die Krise in der Holzindustrie

Von V. P. N. wird vom Pressedienst des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten geschrieben:

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes nimmt in einer aufgeputzten Weise im Vorwärts Nr. 293 wiedergegebenen Denkschrift Stellung zu der Krise in der Holzindustrie und macht eine Reihe von Vorschlägen zu ihrer Behebung. Dazu ist zu bemerken:

Der preußische Landwirtschaftsminister Braun war seit langem unablässig bemüht, der gesteigerten Nachfrage nach Nutz- und Brennholz durch reichliche Holzabgabe aus den Staatsforsten gerecht zu werden und den übermäßigen Preisen entgegenzuarbeiten. Der Einschlag ist um ein Drittel verstärkt worden. Darüber hinaus sind noch für 1920: 400 000 Festmeter Grubenholz zum Einschlag bestimmt, damit die Kohlenförderung nicht leide, was sonst eine Steigerung des Brennholzpreises zur Folge hätte, ein Viertel zur Niedrighaltung der Beschränkung des Wiederpreises auf Selbstverbraucher sowie freihändige Abgaben zu ermäßigten Preisen eingeführt. Insbesondere erhalten Bedürftige ihren Brennholzbedarf zu zwei Dritteln der Taxe. — Für Siedlungen sind u. a. den gemeinnützigen provinziellen Siedlungsgesellschaften 300 000 Festmeter Bauholz zu Preisen zwischen 130 und 190 M. je Festmeter zur Verfügung gestellt. Wenn trotzdem die Verbraucher zum Teil hohe Preise zahlen mußten, so lag dies wesentlich mit an der ungehinderten Holzausfuhrmöglichkeit, die aber inzwischen vom Reiche beschränkt worden ist. Außerdem wurde das Holz und wird es auch noch jetzt durch die hohen Transport- und Verarbeitungskosten leider ganz wesentlich verteuert; für 1 Raummeter Brennholz, den der Forstfiskus der Stadt Berlin für 20 M. im Walde abgibt stellt sich für den Verbraucher in Berlin der Preis auf 80 M., und das Bauholz zum Gemeinnützigen Siedlungsbau, das den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften im Walde durchschnittlich etwa für 150 M. zur Verfügung gestellt wird, erreicht durch Transport und Verarbeitung zum Teil einen Preis von 700 M. und mehr. Diese durch die hohen Aufarbeitungskosten herbeigeführte Verteuerung kann auch durch öffentliche Bewirtschaftung des Holzes nicht behoben werden.

Bundestag der Techniker

Am Sonntag begann in Berlin der erste Bundestag des Bundes der technischen Angestellten und Beamten.

Den Geschäftsbericht erstattete Schweitzer. Er sagte unter anderem: Zersplitterungsversuche seitens der christlichen Technikerorganisationen sind ohne Erfolg geblieben. Auch die Gelben machen sich wieder bemerkbar. Sie haben aber keine Aussicht, die technischen Angestellten und Beamten einzufangen. Die Afa muß ihre gewerkschaftliche Selbständigkeit behalten, aber in engster Verbindung mit der Organisation der Arbeiter, dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, bleiben. Diese Gemeinschaft hat sich glänzend bewährt bei dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch. Was bis jetzt für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung geschehen ist, befriedigt uns nicht. Das Betriebsrätegesetz findet nicht unsern Beifall, weil die Rechte, die es den Arbeitnehmern zubilligt, nicht weit genug gehen. Der veröffentlichte Entwurf einer Schlichtungsordnung ist unannehmbar. Solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, lassen wir uns das Streikrecht, das die Schlichtungsordnung einschränken will, in keiner Hinsicht antasten. Ganz gleich wie die Regierung auf Grund der Reichstagswahlen zusammengesetzt werden wird: die nach dem Kapp-Putsch mit der Regierung vereinbarten acht Punkte müssen durchgeführt werden. Sie sind das Mindestprogramm, dessen Erfüllung wir von jeder Regierung verlangen. — Der Bund hatte am 1. Juni rund 106 000 Mitglieder, die sich auf 750 Ortsverwaltungen verteilen. Die Finanzlage entspricht nicht der günstigen Entwicklung der Mitgliederzahl. Wir müssen auf Maßnahmen bedacht sein, die der Kasse neue Mittel zuführen und die Finanzkraft der Organisation stärken.

Zum Vorstandsbericht lag eine Reihe von Anträgen vor, über die eine rege Aussprache einsetzte. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

„Der erste Bundestag erklärt sich mit den Maßnahmen in allen Teilen einverstanden, die der Bundesvorstand anläßlich der durch den Kapp-Putsch erzwungenen Generalstreikaktion getroffen hat. Er stellt sich voll und ganz auf den Boden der zwischen den Gewerkschaften, der Regierung und den Regierungsparteien getroffenen Vereinbarungen und beauftragt den neuen Vorstand den Kampf um die Durchführung der vereinbarten acht Punkte mit unverminderter Kraft fortzusetzen."

Ein Antrag auf Beibehaltung der Zentralarbeitsgemeinschaft wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt und beschlossen, der Bundesvorstand soll zu gegebener Zeit gemeinsam mit den Einzelverbänden der Afa und dem Gewerkschaftsbund erneut nachprüfen, ob die Aufrechterhaltung der Zentralarbeitsgemeinschaft zweckmäßig ist.

Zu den Gewaltmaßnahmen im Ruhrrevier wurde ohne Debatte folgende Entschließung angenommen, die der Regierung durch eine Kommission übermittelt werden soll:

„Der Bundestag protestiert mit aller Schärfe gegen die unberechtigten, nachweisbar auf Wunsch der Zechenverwaltungen im Ruhrrevier vorgenommenen Verhaftungen und Verfolgungen eines Teiles seiner führenden Mitglieder durch Formationen der Reichswehr, weil nachweisbar diese Mitglieder bei den Kämpfen im Ruhrrevier überhaupt nicht hervorgetreten sind. Er protestiert ferner gegen die willkürlichen Entlassungen solcher Personen durch die Zechenverwaltungen. In dem Vorgehen der Zechenverwaltungen und der Reichswehr sieht der Bundestag einen unerhörten Eingriff in das verfassungsmäßig gewährte Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer und in den Verhaftungen und Entlassungen von Mitgliedern der Betriebsräte einen brutalen Gewaltstreich gegen ihre Interessenvertretungen.

Der Bundestag fordert, daß die Anschuldigungen lediglich von ordentlichen Gerichten geprüft werden, da die Arbeitnehmer zu außerordentlichen Kriegsgerichten kein Vertrauen haben.

Der Bundestag fordert ferner von den zuständigen Behörden sofortiges Eingreifen in diesem Sinne, da er nach den Berichten seiner Vertrauensleute sonst keinen Anlaß mehr hat, die Masse der gesamten Arbeitnehmer von der Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel gegen diesen Terror abzuhalten."

Reichel begründete dann eine Reihe von Anträgen auf Aenderung der Satzungen. Sondrack besprach die Notwendigkeit einer Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens. Beide Gegenstände wurden der Ausschußberatung überwiesen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Tarifvertrag im Ruhrbergbau

Wie die V. V. N. aus dem Ruhrgebiet erfahren, gilt der neuabgeschlossene Tarifvertrag nur für den Monat Juni. In der nächsten Woche werden neue Verhandlungen für die Zeit ab 1. Juli vorgenommen werden. Kohlenpreiserhöhungen kommen vorerst nicht in Frage. Das Fahren der Ueberschichten (es wird Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag eine halbe Schicht extra gefahren) vollzieht sich vollständig reibungslos.

Proteststreik in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 15. Juni. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnbetriebswerkstätte, der Eisenbahnhauptwerkstätte und ein großer Teil des Betriebspersonals legten heute vormittag als Protest gegen die willkürlichen Verhaftungen ihrer Führer die Arbeit nieder. Die Stillegung der großen Industriebetriebe (Badische Anilin- und Sodafabrik, Sulzer Maschinenfabrik usw.) ist nur noch eine Frage von Minuten. Auch Straßenbahn, Elektrizitäts- und Wasserwerk werden in den Sympathiestreik eintreten. — Nach einer weiteren Meldung ist der Schriftführer des Angestelltenausschusses Schäfer, der verhaftet nach Mainz abtransportiert wurde, wieder freigelassen worden.

Aus aller Welt

Havarie eines Heimkehrerschiffes

Hamburg, 15. Juni. Der amerikanische Transportdampfer Mount Vernon, ehemalige Kronprinzessin Cecilie, mit Heimkehrenden aus Sibirien über Amerika nach Hamburg unterwegs, ist stark beschädigt in Newyork eingetroffen. An Bord befinden sich 3000 Tschechoslowaken, 150 Deutsche und 250 Oesterreicher. Der Dampfer sollte ursprünglich am 22. Juni in Cuxhaven eintreffen.

Neueste Telegramme

Noch keine Lösung in Wien?

Wien, 16. Juni. In Beurteilung der inneren Lage stellen die Blätter fest, daß alle Parteien in der Ansicht über eine Notwendigkeit baldiger Neuwahlen übereinstimmen. Dagegen scheint die Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Auflösung der Nationalversammlung durch das bisherige Kabinett nach der Stimmung bei den Christlichsozialen ernstlich in Frage gestellt, deren Parteiblätter Reichspost und Deutsches Volksblatt zeigen sich über die Aeußerungen des Staatskanzlers in der vorgestrigen Wahlversammlung sehr verstimmt und erklären es als ausgeschlossen, daß die provisorische Regierung mit Renner an der Spitze im Amte bleiben könne.

Der Herr des Rheinlandes

Worms, 16. Juni. Laut einer amtlichen Bekanntmachung des Chefs des Generalstabes hat der kommandierende General der Rheinarmee in der durch die französische Armee besetzten Zone infolge von Zwischenfällen und um Anlässe zu Unruhen zu vermeiden, verboten, daß in der Oeffentlichkeit oder unter Verhältnissen, die der Oeffentlichkeit gleichkommen, deutsche Hymnen oder Lieder, die einen feindlichen provozierenden Charakter gegen Frankreich haben gesungen werden. Verboten sind auch die Wacht am Rhein, Deutschland, Deutschland über alles, Heil Dir im Siegerkranz, Siegreich wollen wir Frankreich schlagen und der Haßgesang. Ferner wird in der französischen besetzten Zone unter allen Umständen das Flaggen in den Nationalfarben, sowohl in den alten wie in den neuen, verboten. Jede Uebertretung wird als Ungehorsam gegen einen von der französischen Militärbehörde gegebenen Befehl betrachtet und als solcher bestraft, entsprechend Artikel 6 der Ordonnance I der interalliierten Kommission.

Regierungskrise in Schweden

Kopenhagen, 16. Juni. Wie die Blätter aus Christiania melden, hat das Storthing gestern das Wegebaugesetz des Ministeriums Knudsen mit 74 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Infolgedessen werde Ministerpräsident Knudsen heute mit der ganzen Regierung zurücktreten und man glaube, daß der König den Storthingpräsidenten Halvorsen ersuchen wird, die neue Regierung zu bilden.

Die Verhandlungen mit Krassin

London, 16. Juni. Die belgische und die japanische Regierung haben beschlossen, sich an den Besprechungen der englischen Regierung mit Krassin zu beteiligen.

Streiks in Kowno

Kowno, 15. Juni. In der gestrigen Sitzung der Konstituante wurde das bisherige Provisorium wiedergewählt. Gestern wurden einige Mitglieder des Zentralkomitees des Berufsverbandes wegen Agitation und Anzettelung des Generalstreiks mit politischen Zielen verhaftet. Heute morgen traten die Eisenbahner und die Fabrikarbeiter in den Ausstand. Die Straßenbahn wurde durch streikende Arbeiter an der Betriebsaufnahme gehindert. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Die Devisenkurse

Berlin, 15. Juni. (Amtlich.)

		15. 6. Geld	15. 6. Brief	14. 6. Geld	14. 6. Brief
Holland	100 Gulden	1468,50	1471,50	1438,60	1441,40
Schweiz	100 Frank	739,25	740,75	729,25	730,75
Wien (alte)	100 Kronen	—	—	—	—
Wien (deutschösterr. abgest.)	100 Kronen	27,09½	27,15½	27,09½	27,15½
Prag	100 Kronen	88,15	88,35	87,90	88,10
Spanien	100 Peseten	669,80	670,75	666,80	668,20
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	824,65	825,35	817,15	817,85
Italien	100 Lire	225,25	228,75	223,25	225,75
London	1 Pfd. Sterl.	160,40	160,70	157,80	158,20
Neuyork	1 Dollar	40,82½	40,92½	40,20	40,[illegible]
Paris	100 Frank	809,70	810,80	803,20	[illegible]

Zürich, 15. Juni. Devisenkurse. Berlin 18,30, Wien [illegible], Prag 12,15, Holland 198,60, Neuyork 5,51, London 21,70, Paris [illegible], Italien 30,95, Brüssel 44,05, Kopenhagen 94, Stockholm [illegible], Christiania 98, Madrid 91,10, Buenos Aires 235.

Vorhersage der sächsischen Landeswetterwarte
für den 17. Juni:
Keine wesentliche Aenderung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200616/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konzertdirektion F. Ries (F. Müller)

3 Lichtbilder-Vorträge

Rudolf de Haas

im Kampf um Deutsch-Ostafrika und General v. Lettow-Vorbeck

Vereinshaus. 8 Uhr.

Morgen Donnerstag, 17. 6.: **Deutsch-Ostafrika u. Kriegsausbruch.**
Montag, 21. 6.: **Ostafrikanische Keller in Krieg und Jagd.**
Mittwoch, 23. 6.: **In kriegsgefangenschaft am Nil. Be machr der Ostafrikaner u. Zukunftsproblem.**

Schüler, Studierende, Institute und geschlossene Vereine Ermäßigung. [a 23

Karten bei F. Ries, Seestr. 21, O. Reinicke, Hauptstr. 2, Res.-Kaufh., Abendkasse.

Grosse Wirtschaft

Täglich Konzerte Anfang 4 und 7 Uhr.

Volkswohl-Theater
Täglich, abends 7½ Uhr (neues Programm)
Oskar Jungbäuels kom. Sänger.
Der Ehegatte im Feuerofen.
Zum Schluß: Holz kommt. [15
Vorwerk: Die Gesch. Wolf, Postpl. (Waldschlößchen), u. Reit. Theaterbörse Al. Radbeuter.

Bergrestaurant Dresden-Trachau
3 Min. v. Endstation Linie 6 für a. Waldem. bequ. Ausflüge über ganz Dresden.
Jeden Donnerstag: Gr. Garten-Konzert. Anf. 7 Uhr.

Prießnitzbad, am Alaunplatz Linien 3, 2 u. 16.
Morgen sowie jeden Donnerstag, 7½ Uhr
Großes Abend-Konzert.
Kapelle: Walter Schmidt. [a 27
Jeden Sonntag, 4 Uhr: **Garten-Freikonzert.**

Weißer Adler Kurhaus Loschwitz
Sprechst. 11, 13, 1 u. Drahtseilbahn.
Jeden Donnerstag der beliebte **Geselligkeitsabend. (Reunion)**
Kurkonzert! Kapl. Anfang 6 Uhr! Nach Sonnt. Sonderpreise
Großes Wiener Orchester.

Ball-Anzeiger

für Donnerstag den 17. Juni.

Goldene Krone Strehlen. Haltestelle Linie 9. Mitbistorische Tänze. Hans Secon. E. Schuster

Grüner Wiese Gruna, Linie 12. Anerkannt vorzügliches Kalloorchester.

Hellmuth Hallmann-Saal Königsbrücker Str. 10 **Künstlerkapelle.**

Palmengarten mit Wintergarten und Tanzdiele.

Weißer Adler Kurort Weißer Hirsch **Die Kur-Reunion** Drahtseilb. 11, 1, 13 u. Drahtseilbahn.

Vaterland Licht-Spiele

Freiberger Platz – 20.
Täglich 5½—10, Sonntags 3—10 Uhr
Mit großem Beifall aufgenommen:

Des Teufels Anwalt

Großes Sensationsdrama, 6 Akte. [a 33
dazu ein herrliches Lustspiel, 2 Akte.
Voranzeige:
Sodoms Töchter.

Elysium, Räcknitz

Endstation Linie 6, Linien 1 u. 16 (Bergstr.)
Sonntag ab 3½ Uhr, Donnerstag ab 6½ Uhr
Ball : Gartenkonzert
Küche und Keller von bekannter Güte. [1263

Intime Lichtspiele
Scheffelstr. 17.
Sensation
Harry Piel
Geheime Nachtschatten.

Flora-Theater
Lundburger Str. 7, 7½.
Polnische Wirtschaft.

Fremdenhof z. d. 3 Raben
Dresden-A. Marienstraße 13/20 — Dresden-A. Marienstraße 13/20
Fernruf 20054.
Empf. meine renom. Gesellschaftsräume f. Hochzeiten u. Gesellschaften. Vereinszimmer. Weißer Saal f. 200 Pers., grüner Saal f. 150 Pers., Bankett-Zimmer für 40 Pers., Renner-Zimmer f. 30 Pers. — Elegant schöner Sommergarten mit Schweizer Halle u. Terrasse ist eröffnet. [1293
Karl Rudolph sen.
u. Emil Rudolph.

Selbstschneidern
Stoffen u. Besätze
Kästchen u. Motive
Kragen u. Jabots
Knöpfe u. Litzen
Sämtliche Zutaten
Carstensen
5 Wilsnaer Str. 5

Elster Marienquelle Steinsiger Tafel-Mineralwasser
billigst frei
C. Fritzsche
Annenstr. 9.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle v. Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- u. Verkauf fremder Geldsorten.
Scheckverkehr.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9 (im Haus d. Kaufmannschaft), Schlachthofring 7, Wettinersir. 56 (Hauptmarkthalle), Eliasplatz 8, Kaisersir. 11.

Einziehung u. Ankauf von Wechseln, Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- u. einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Circus Wolfson

in Dresden ab Freitag

Die letzte Galavorstellung des Circus Wolfson

Grosses Sensationsdrama in 6 Abteilungen

[a 346

Ab morgen — **Donnerstag**

Kammer-Lichtspiele

Auf vielseitigen Wunsch:

Lotte Neumann
Karl Beckersachs
Bruno Kastner

in dem hervorragenden Lustspiel

Die Buchhalterin

5 Akte

Bekanntlich Lotte Neumanns erfolgreichstes Lustspiel

Wochentags ab 4 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr

[a 346

Vater, Mutter, Schwester, Bruder,

Jeder putzt heut' mit „Urbin" in den Städten, auf dem Lande, überall benutzt man ihn!

Ich habe! **Urbin** ist doch der beste Schuhputz

In Dosen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lamm, Charlottenburg
Vertreter: **Max Mednitz,** Dresden-A., Hüttengrundstraße 19

Ein neuer Beruf

ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen entsetzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebensberufes beraubt sind. **Allen, die umlernen müssen,** empfehlen wir daher, ungesäumt Ihre Vorbereitung zu treffen, die Allgemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzuholen, fehlende kaufmännische oder banktechnische Kenntnisse zu ergänzen, eine landwirtschaftliche Fachbildung zu erwerben oder technisches und fachwissenschaftliches Können zu vervollkommnen. Verlangen Sie daher noch heute unsere 32 S. starke Broschüre B 132 über die Selbstunterrichtsmethode Rustin oder für technische und fachwissenschaftliche Bildung die 80 S. starke Broschüre K 163 über das System Rustmark-Hachfeld kostenlos und portofrei. Sand und Beruf bitten wir anzutreten. [a 234
Bernolt & Hachfeld, Fernunterrichtsinst., Potsdam.

Haferflocken	2.40
Kokosfett	18.00
Ackerbohnen	1.30
Bohnenmehl	2.50

Erhard Menzel
Ammonstraße 42, an der Falkenbrücke.

Markenfreie Speisekartoffeln
pro Zentner 25 u. 30 M., sowie Futterkartoffeln, pro Zentner 5 u. 15 M. zuzüglich [a 171
Gustav Dörlen, Pottschapel, am Rehplatz.

Sozialdem. Verein Dresden-A.

5. Unterbezirk.

Die für Freitag den 18. Juni festgesetzten **Gruppenversammlungen** finden **nicht** statt, da an diesem Abend die Große Zentrale tagt.
Es werden Freitag den 25. Juni die Gruppenversammlungen mit Vortrag abgehalten.
Tagesordnung: **Was lehren uns die Reichstagswahlen?**
Der Vorstand.

DVM — **Deutscher Metallarbeiter Verband**
Dresden und Umgegend
Schützenplatz 20 — Fernruf: 15079
Sprechzeit: 9–1, ½5–6 Uhr — Sonnabend von 9–2 Uhr

Freitag den 18. Juni 1920, abends 6 Uhr im großen Saale des Drei-Kaiser-Hofs

Gemeinschaftliche Branchen-Versammlung

für Heizungsmonteure, Gas-, Wasserleitungsinstallateure, Klempner und Helfer.

Tagesordnung:
Bekanntgabe des Schiedsspruches, unsre Lohnforderung betreffend, und unsre Stellungnahme hierzu.
Kollegen! Kommt alle in die für euch wichtige Versammlung! [b 43
Die Branchenleitungen. — Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Dresden. Geschäftsstelle: Schützenplatz 20.
Freitag den 18. Juni, abends 6½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Rivenbergstraße 2 (großer Saal).
Die Versammlung gilt als Fortsetzung der am 3. Juni nicht zu Ende geführten Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Diskussion über den Bericht vom Verbandstag in Nürnberg.
2. Wahl eines ersten Revisionsschriftführers.
3. Stellungnahme zu der bevorstehenden Urabstimmung über die Erwerbslosenunterstützung sowie über alle übrigen im Mitteilungsblatt veröffentlichten Unterstützungseinrichtungen.
4. Der Abschluß der Lohnbewegung in der Herren- u. Damenschneiderei.

Wir ersuchen die Mitglieder dringend, sich zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen, weil es nie mehr als in dieser Versammlung gibt, die wirkliche Meinung über die Verbandstagsergebnisse und die Unterstützungseinrichtungen der Dresdner Mitglieder festzustellen.
Wir erwarten also nochmals recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.
b 483 — Die Ortsverwaltung. I. A.: Edgar Überreiter.

Gr. Z. Freitag den 18. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal I **Wichtige Sitzung.**

Meinholds Routenführer

neuzeitliche Wanderbücher

Nr. 1. Die Sächsisch-Böhmische Schweiz M. 42 Kartenseiten in Buchform, 46 Textseiten 6.—
Nr. 2. Das nördliche Deutschböhmen 85 Kartenseit. in Buchform, 106 Textseiten 7.50
Nr. 3. Dresdens Umgebung 78 Kartenseiten in Buchform, 65 Textseiten 7.50
Nr. 4. Das östliche Erzgebirge 63 Kartenseit. in Buchform, 1 Uebersichtskarte und 78 Textseiten 7.50
Nr. 5. Das westliche Erzgebirge enthält nur noch Karten, keinen Text) 11 Spezialkarten und 1 schwarze Karte . 6.—
Nr. 6. Das Jeschken-, Iserngebirge mit dem Ještěd und Kreibitzer Gebirge 71 Karten in Buchform, 123 Textseiten . 7.50
empfiehlt die
Volksbuchhandlung und ihre **Filialen.**

S.P.D., Gruppe Hellerau

Freitag den 18. Juni, Punkt 7½ Uhr: Versammlung im Kinderhort. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige politische Lage. Referent: Genosse Busch. 2. Gründen wir einen Ortsschuh? 3. Verschiedenes.
Allseitiges Erscheinen erwartet
Die Gruppenleitung.

Papier-Fahrradbereifung
Gummi-Ersatz
100000 fach bewährt, die Jahr Garantie, leichte geräuschloser Gang, wie auf Vollgummi, keine Reparaturen, kein Aufpumpen, bei jeder Witterung gebrauchsfähig, unempfindlich gegen Nägel, Splitter, Scherben, Steine. Zuverlässig für jede Art der Fahrräder aller Art und Stärkegrade. Man lende uns die Räder unverzüglich mit Gummi. Rückendung nach 24 Stunden. Preis für 2 Vaufräder montiert 38 M., bei Selbstmontage 30 M. Teuerungszuschlag 50 Proz. [b 38
Pappröhren-Werk Mann & Co., Dresden 5.

Gummi-Regenmäntel, Gummi-Schuhe [b 13
Gummi-Hosenträger
Gummi-Dauerwäsche
Sanitäts-Haus Orient
Jüdenhof 3, Gartenstr.

Rauchersdank [illegible] gen. geschl. erzielt in einig. Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Amtlich begutachtet Wirkung erstaunlich. Vollständ. Tag. Anerkennung. Ausk. und **Institut Engelbrecht,** München R. 155. Isarstr. 1.

M.S. Lichtspiele

Moritzstraße 10

Ab Donnerstag den 17. Juni:
XVII. Abenteuer
des berühmten
Rat Anheim

Wie er starb

5 Akte
Aus dem Rekord-Zyklus des bekannten
Detektivs William Kahn

[a 361

Gummiwaren — Wich. Müller, Inhaber, Am See 37

H.-D.-Rad m. Gummi gut erhalten seien billig abzugeben. Fahrradhaus [illegible]

Verloren [illegible] kleis. Handtaschchen [illegible] am Montagnachm. [illegible] v. Feldschlößchen Kad. [illegible] Mehrwert. [illegible] Dr. Radt [illegible]

Die sächsische Gemeindeverfassung

Sächsische Volkskammer

184. Sitzung

Dienstag, 15. Juni 1920.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der Gesetzentwurf über die

Besoldung der Gemeindebeamten.

Die Vorlage sichert den im Gemeindedienste beschäftigten Beamten den Anspruch auf eine angemessene Besoldung. Als angemessen sind ihre Dienstbezüge anzusehen, wenn sie den Bezügen gleichartiger Staatsbeamtengruppen entsprechen.

Abg. Dr. Roth (Dem.) gibt der Erwartung Ausdruck, daß mit der Verabschiedung der Vorlage die Beunruhigung, die sich in letzter Zeit unter den Gemeindebeamten bemerkbar machte, verschwinden wird. Eine sofortige Verabschiedung der Vorlage sei nicht möglich, da noch verschiedene Petitionen vorliegen, die erst noch im Ausschuß geprüft werden müssen. Bei der Einstufung der Gemeindebeamten in die Staatsbeamtengruppen sollte man die Organisationen der Gemeindebeamten hinzuziehen.

Abg. Blüher (D. Vp.) ist mit der Tendenz der Vorlage einverstanden, da sie geeignet sei, den alten Streit zwischen Gemeinde- und Staatsbeamten in glücklicher Weise zu beenden. Fraglich müsse es sein, ob es richtig ist, die Vorlage auf die berufsmäßigen Gemeindebeamten zu beschränken. Darüber werde der Ausschuß noch zu beraten haben. Jedenfalls dürfe ohne eine Erörterung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden und der Deckungsfrage die Angelegenheit nicht verabschiedet werden.

Abg. Schmirch (U. S.): Wir sind mit der Vorlage einverstanden, sind dabei jedoch der Meinung, daß die Regierung die Gemeinden schon jetzt anhalten sollte, ihre Beamten nach der staatlichen Besoldungsordnung zu bezahlen. Die endgültige Regelung sollte zurückgestellt werden, bis der Haushaltausschuß A beraten hat. Die Regierung sollte die notwendigen Unterlagen herbeischaffen.

Abg. Dr. Wagner (Dnat. Vp.) stimmt im allgemeinen der Vorlage ebenfalls zu.

Abg. Spindler (Soz.): Auch meine Fraktion steht der Vorlage sehr sympathisch gegenüber und ist mit Ausschußberatung einverstanden. Insbesondere wird zu prüfen sein, ob manche Gemeinden auch imstande sein werden, die Lasten zu tragen. Vielleicht läßt sich aber dadurch ein Ausgleich schaffen, daß kleinere Gemeinden zusammengelegt werden. Nicht zugegeben werden kann, daß durch die Vorlage die Selbstverwaltung der Gemeinden in nennenswerter Weise eingeschränkt wird. Der Ausschuß sollte in den Entwurf auch die Beamtenanwärter mit einbeziehen, die Regierung aber recht schnell Ausführungsbestimmungen erlassen.

Die Vorlage geht an den Haushaltausschuß A. — Es folgt die erste Beratung über die Denkschrift der Regierung zur

Neuordnung der Gemeindeverfassung.

Minister des Innern Kühn bespricht die Entstehung der Denkschrift, die sich zunächst darauf beschränken mußte, die wichtigsten Fragen der Neuordnung der Gemeindeverfassung unter Berücksichtigung der Eigenart der sächsischen Verhältnisse zu prüfen und die Kristallisierungspunkte für die Entschließung der Volkskammer herauszuarbeiten. Ihr Bestreben müßte weiter sein, die Gemeindeverfassung den demokratischen Verhältnissen anzupassen, den Wünschen der Arbeiterbevölkerung nach sozialer und gesundheitlicher Hinsicht zu entsprechen, und möglichst eine Einheitlichkeit der Gemeindeorganisationen in die Wege zu leiten. Zwar wird von den großen Gemeinden sogenannte Magistratsverwaltung gewünscht, aber der beste Weg wäre, eine Form zu finden, die für große und kleine Gemeinden paßt. Empfehlenswert ist dabei das Einkammersystem, wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß die Einrichtung dieses Systems in großen Städten auf Schwierigkeiten stoßen würde. Vielleicht ließe sich durch den Ausbau der gemischten Ausschüsse, die sich sehr bewährt haben, hier ein Ausweg schaffen, der beiden Seiten gerecht wird. Für die Städte mit revidierter Städteordnung dürfte es im allgemeinen bei der jetzigen Ordnung bleiben, wonach sie als untere Verwaltungsorgane gelten. Die großen Landgemeinden wären den Städten mit revidierter Städteordnung anzupassen. Bei der großen Masse der kleinen Landgemeinden wird zu prüfen sein, ob sie von den bedeutenden Lasten der Landesverwaltung zu befreien sein werden. Gegen den Vorschlag der Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften macht sich vor allem das Bedenken geltend, daß die Gemeinden hier ein verschiedenes Interesse haben. Die Beibehaltung der Amtshauptmannschaften liegt auch im Interesse des Staates, denn er bleibt durch diese Amtsstellen in engster Fühlung mit den kleinsten Gemeinden. Die idealste Einrichtung wäre der freiwillige Zusammenschluß besonders von kleineren Gemeinden zu Zweckverbänden, die sich zumeist mit rein wirtschaftlichen Dingen beschäftigen. Die Frage der Staatsaufsicht über die Gemeinden hat nach einer Besprechung der Beteiligten zu einer wesentlichen Klärung geführt. Die Neuordnung dürfte sich danach auf eine schärfere Umgrenzung des Aufsichtsrechts des Staates beschränken. Die Denkschrift läßt die Schwierigkeit der Materie erkennen. Bei der weiteren Beratung wird gewiß noch mancher Gedanke aufgenommen werden müssen, um das Werk zu einem vollständigen zu machen.

Abg. Nitzsche (Soz.):

Die Denkschrift ist nicht der Ausgangspunkt, sondern eine Etappe und zwar eine sehr bedeutsame in dem großen Zuge der Verfassungsreform, die nach der Revolution eingesetzt hat. Die Hauptforderungen der Sozialdemokratie in dem jahrzehntelangen Kampf um die Gemeindeverfassung sind durch die politischen Umwälzungen gewissermaßen mit einem Schlage verwirklicht worden, und zwar mit einer Vollkommenheit und Restlosigkeit, die bisher einzig dasteht. Die Gemeindewähler haben das gleiche Wahlrecht, das Hausbesitzerprivileg ist beseitigt, die Klasseneinteilung dahin. Die Demokratisierung blieb nicht auf die Gemeinden beschränkt, sondern wurde auch auf die Bezirks- und Kreisvertretungen ausgedehnt. Das Reichseinkommensteuergesetz hat auch einen Ausgleich der Gemeindelasten geschaffen. Der Steuerdruck wird künftig nicht mehr im umgekehrten Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinden und ihrer Einwohner stehen. In allen Städten herrscht dasselbe Wahlsystem und zwar auf demokratischer Grundlage.

Damit ist man der Frage der einheitlichen Gemeindeverfassung ein Stück näher gekommen, freilich ist die Sicherung der Gemeindedemokratie nur eine vorläufige, da die bisherigen Gesetze nicht als bauernd gedacht sind. Es sind auch neue Fragen in die Gemeindeverfassung aufzunehmen. Indessen kommt es bei den Fragen, die noch zu regeln sind, weniger auf politische Grundsätze an, vielmehr sind es Fragen der kommunalen Praxis, der Zweckmäßigkeit und Erfahrungen. Bei der Verwaltungsorganisation kommt es nicht darauf an, zu fragen: Was dient der Gemeinde?, sondern ebenso wichtig ist es auch, nach den berechtigten Bedürfnissen des Staates zu fragen. Heute sind Gemeindevertretungen und Staatsregierung aus demselben Volkswillen hervorgegangen. Eine gewisse divergierende Stellung zwischen Staat und Gemeinden ist gewiß auch heute noch möglich, aber wir müssen uns hüten, uns einer kurzsichtigen, engherzigen Gemeindepolitik hinzugeben. Auf der andern Seite gilt es nicht nur, der Regierung eine maßgebende Stellung zu sichern, sondern sie erst zu schaffen.

Der Redner wendet sich hierauf den neuen Aufgaben zu, die die Denkschrift erörterte, und erklärt, daß er in der Frage der Zusammenlegung und Eingemeindung von Gemeinden den Ausführungen des Ministers zustimmt. Eine zwangsweise Zusammenlegung soll aber nur da stattfinden, wo ein vollständiges Versagen der Gemeinden festzustellen ist. Die Selbstbestimmung der Gemeinden muß das Maßgebende sein. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darf aber nicht so weit gehen, daß eine im Interesse der Allgemeinheit liegende Eingemeindung aus egoistischen Gründen abgelehnt wird. Eine solche Obstruktion muß unter Umständen auf dem Wege der Gesetzgebung gebrochen werden.

Zur Frage der einheitlichen Verfassung ist festzustellen, daß es in Sachsen jetzt sechs verschiedene Arten von Gemeindeverfassungen gibt. Daß die Gemeinden sich dabei besonders unglücklich gefühlt haben, kann man gar nicht einmal behaupten. Die Klagen kommen lediglich von den großen Landgemeinden, denen die Landgemeindeordnung zu eng war und die in ihren Rechten und Pflichten den Städten gleichgestellt sein wollen. Hier muß eingesetzt werden: den großen Landgemeinden muß ein größeres Maß von Selbständigkeit eingeräumt werden. Es muß aufhören, die kleinen stagnierenden Landstädtchen höher zu stellen als große aufblühende Landgemeinden. Vor einer Ueberspannung der Einheitsbestrebungen muß also gewarnt werden. Vielleicht empfehlen sich einheitliche Grundbestimmungen für alle Gemeinden und dann noch ergänzende Sonderbestimmungen für größere und kleinere Gemeinden. Er halte drei Abstufungen für zweckmäßiger anstatt der in der Denkschrift vorgesehenen zwei. — Am jetzigen Wahlrecht darf nichts geändert werden. Die in der Denkschrift erwähnte Vorbedingung der Aufenthaltsdauer verträgt sich schlecht mit dem Verhältniswahlsystem. Auf jeden Fall dürfte es sich dabei nur um wenige Wochen handeln. Was die Wahlperiode anbelangt, so wird man, da man auch in Reich und Staat auf vier Jahre wählt, auch die vierjährige Wahlperiode für die Gemeinden einführen müssen, um eine gewisse Einheitlichkeit herbeizuführen.

Die Frage: Ob Ein- oder Zweikammersystem?

ist in der Denkschrift nicht richtig gestellt, denn beim Ratssystem handelt es sich um keine Erste Kammer, sondern um eine Regierung, die neben der Stadtvertretung besteht. Der Rat besteht auf demokratischer Grundlage und ist ein Spiegelbild der Stimmung der Bürgerschaft, die Erste Kammer dagegen wurde niemals gewählt, sondern immer berufen. (Zwischenrufe der Unabhängigen.) Richtig ist, daß der Rat auf Grund der jetzt bestehenden Bestimmungen Stadtverordnetenbeschlüsse ablehnen oder abändern kann, diese Bestimmungen könnten ja aber revidiert werden. Eine Frage der Demokratie ist es nicht, sondern eine Frage der kommunalen Praxis. Zuzugeben ist, daß die Stadträte nicht vollständig neu gewählt werden können, weil dem die Anstellungsverträge entgegenstehen. Beseitigt man das Ratssystem, so muß man alle Macht dem Bürgermeister übertragen. Je größer die Stadt, um so schwieriger ist die Sache. Das Ratssystem ist zweifellos demokratischer als ein autokratischer Bürgermeister. Zu denken sollte auch die Tatsache geben, daß in den allermeisten sächsischen Städten in den letzten Jahrzehnten das Einkammersystem abgeschafft und das Ratssystem eingeführt worden ist, und zwar ohne jeden Zwang. Im Kampf um die Gemeindeverfassung ist auch von der Sozialdemokratie niemals die Forderung auf Abschaffung des Ratssystems erhoben worden. (Zurufe der Unabhängigen.) Trotzdem wird zu prüfen sein, ob an Stelle des Ratssystems etwas Besseres zu setzen ist. Ich bin durchaus dafür, daß die gemischten Ausschüsse selbständiger gestaltet und ihre Befugnisse ausgedehnt werden. Legt man aber alles, was der Rat jetzt erledigt, in die Hände der Ausschüsse, so würde man nichts ersparen, wohl aber die Einheitlichkeit der großstädtischen Verwaltung verlieren. Das, was hier vorgeschlagen wird, schafft keine besseren Zustände, mindestens sollte man den Großstädten die Möglichkeit geben, das System einzuführen, das ihnen am besten zusagt.

Zur Frage der Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften sagt der Redner, daß Bestrebungen im Gange sind, die Amtshauptmannschaften zu Selbstverwaltungskörpern zu gestalten und die Amtshauptleute durch die Bezirksversammlung wählen zu lassen. Das würde eine grundumstürzende Aenderung sein, ob aber auch eine Besserung, ist eine andre Frage. Die bisherige Aufsicht der Amtshauptmannschaften verträgt sich gewiß nicht mit neuzeitlichen Forderungen. An Stelle der Bevormundung muß die Beratung treten. Nehmen wir aber den Amtshauptmannschaften als Organ der Regierung die Möglichkeit, auf die Gemeinden einzuwirken, so bedeutet das eine Schwächung der Regierung. Es ist also eine Lebensfrage für die demokratischen Elemente, die Stellung der Regierung zu befestigen. Indessen sollte man der Bezirksversammlung ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung der Amtshauptleute einräumen. Der Redner gibt am Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß das schwere Werk der Gemeindeverfassung zu einer Entwicklungsbasis führen möge, die sowohl den demokratischen freiheitlichen Gesichtspunkten, als auch der kommunalen Praxis gerecht wird.

Abg. Beutler (Dnat. Vp.) hält die heutige Beratung für ziemlich wertlos, denn die kommende Kammer, die über die Gemeindeverfassung zu entscheiden haben werde, würde die heute gehaltenen Reden höchstens als Material zur Kenntnis nehmen. In diesen Punkten könne er dem Vorredner zustimmen. Die Gesundung der Gemeindefinanzen sei jetzt wichtiger als alle Verfassungsfragen. Bei der Vereinigung kleiner Gemeinden sollte Gewalt nicht angewendet werden, vielmehr sollte man alles der organischen Entwicklung überlassen. Ob es gelingen werde, eine einheitliche Gemeindeverfassung zu schaffen, sei zweifelhaft. Das Stadtverordnetenwahlrecht sollte erst nach einjährigem Aufenthalte gewährt werden. Das Kollegium sollte aus praktischen Gründen bei jeder Wahl nur zu einem Drittel erneuert werden. Verneinen werden sollte jeder Zwang auf die Gemeinden bei der Wahl des Verwaltungssystems. Seine Partei sei gegen die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften, für Beibehaltung der Kreishauptmannschaften und Erweiterung ihrer Kompetenzen, für die Fortbildung der Bezirksverbände und für das Aufsichtsrecht des Staates über die Gemeinden, das sich besonders auf die Gemeindefinanzen erstrecken sollte.

Abg. Dr. Roth (Dem.) erkennt an, daß die Denkschrift ein reiches Material für die Neuordnung enthält, meint aber, die Hauptsache sei, den rechten Mann zu finden, der den Neubau der Gemeindeverfassung ausführt. Die in der Denkschrift berührten Fragen müßten nach praktischen Gesichtspunkten und nicht nach Parteigrundsätzen behandelt werden. Zweckmäßiger als die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften sei die Erweiterung der Rechte der Bezirksausschüsse. Den Gemeinden müsse die Selbstverwaltung gewährt werden, doch sei es nötig, daß sie sich jederzeit als Teil des Staatsganzen fühlen. Die Vereinigung kleiner Gemeinden dürfe nicht gehemmt werden, doch müsse den Expansionsgelüsten mancher Großstädte entgegengetreten werden. Es genüge, zwischen Landgemeinden und Städten zu unterscheiden. Für die Großstädte könnte man besondere Vorschriften erlassen.

Abg. Liebmann (U. Soz.) führt aus, daß zu einer Gemeindereform die größte Selbständigkeit der Gemeinden im Rahmen des Staates und das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in der Gemeinde gehöre. Infolgedessen fordere seine Fraktion Beseitigung aller Hindernisse, die sich dieser Selbständigkeit entgegenstellen, die Beseitigung des Bestätigungsrechts, des Zweikammersystems, der Gemeindeältesten und des Stimmrechts der Gemeindevorstände. Der Redner polemisiert dabei auch gegen den Minister und den Abg. Nitzsche, wobei er erklärte, man könne sich beinahe glücklich fühlen, daß die Reform der Gemeindeverfassung so lange auf sich habe warten lassen, und er hoffe, daß die Reform nicht von diesen beiden Herren gemacht werde.

Nachdem noch Blüher (D. Vp.) gesprochen, wird die Vorlage nach sechsstündiger Beratung dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Schluß abends 7 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Anträge und Anfragen).

Sächsische Angelegenheiten

Um die Gemeindeverfassung

Die Volkskammer befaßte sich gestern in der Vollsitzung mit der ebenso umfangreichen wie bedeutsamen Denkschrift über die Neugestaltung der Gemeindeverfassung. Sie erörtert alle dabei aufzuwerfenden Fragen gründlich, zum Teil auf Grund eines Materials, das die Beantwortung eines Fragebogens ergeben hat, der bereits tief in die Gemeindeverhältnisse eindrang. Wenn die Denkschrift außerhalb der Gemeindepolitiker nur wenig Interesse hervorgerufen hat, so ist das offenbar darauf zurückzuführen, daß auch auf dem Gebiete der Gemeindeverfassung die eigentliche Demokratisierung bereits vollzogen, und wenn auch nur auf Grund vorläufiger Gesetze, so doch fast restlos durchgeführt ist. Das Hausbesitzervorrecht, die Klassenwahlsysteme, die Vorherrschaft der Besitzenden in den Bezirksvertretungen — alles ist beseitigt. Statt der ehemaligen Privilegien ist das unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht des Volkes maßgebend. Unter solchen Umständen kann eine Reform der Gemeindeverfassung nur vorwiegend Aufgabe der kommunalen Praxis betreffen; überdies müßte allerdings die bereits durchgeführte Demokratisierung aus einer vorläufigen zu einer endgültigen gestaltet werden.

Die gestrigen Verhandlungen eröffnete der Minister des Innern Kühn durch halbstündige Ausführungen, die im wesentlichen eine zusammenfassende Uebersicht von dem Inhalt der Denkschrift gaben und einige Punkte anderweit begründeten. Dann ging Genosse Nitzsche in fast zweistündiger Rede auf die Frage der Gemeindeverfassung ein, die er im Zusammenhang mit der Stellung der demokratischen Regierung im Staatswesen behandelte. Er hob dabei scharf hervor, was bereits erreicht und was noch zu tun sei und betonte besonders, daß insbesondere bei der mit der Gemeindeverfassung im Zusammenhang stehenden Verwaltungsorganisation alle Neuerungen daraufhin geprüft werden müßten, ob sie die Stellung und den Einfluß der demokratischen Regierung im Staatswesen schwächten, was unbedingt verhütet werden müßte. Er besprach dann von diesem Standpunkte einzelne Fragen, wie die Einheitlichkeit der Gemeindeverfassung, die endgültige Regelung des Wahlrechts, die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften und das sogenannte Zweikammersystem in der Städteverwaltung. Zu letzterem Punkte forderte er Freiheit für die großen Städte, sich für das seitherige Ratssystem oder die Einheitsvertretung zu entscheiden.

Auch der konservative Wortführer Beutler besprach die Denkschrift sachlich und ließ Versuche, die alten Zustände wieder herbeizuwünschen, vermissen, aber seine Ausführungen standen doch sichtlich unter dem Mißvergnügen, das ihm die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung bereitet hat. Ohne besonders auf Einzelheiten der Denkschrift einzugehen, beschäftigte sich der Burgstädter Bürgermeister Dr. Roth in fesselnder Weise mit dieser Reformfrage mehr im allgemeinen. Dagegen suchte der Unabhängige Liebmann seine völlige Unkenntnis über den Inhalt der Denkschrift wie den Mangel eines Verständnisses für Gemeindefragen überhaupt durch eine klägliche Polemik zu verdecken, wobei er deutlich bekundete, daß er auch die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, gegen den er sich hauptsächlich wandte, entweder gar nicht verstanden hatte oder sie mit Absicht entstellte. Der Dresdner Oberbürgermeister Blüher betonte, daß man die Gemeindeverfassung nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltungsreform in Angriff nehmen könne; halt das aber jetzt nicht für zeitgemäß, sondern möchte die Sache erst noch ausreifen und die Erweiterung auch auf andre Fragen ausgedehnt sehen.

Die Vorlage wurde schließlich an den Rechtsausschuß verwiesen. Ob sie dort noch so gründlich beraten werden kann, daß es schon in dieser Tagung zur Aufstellung von Leitsätzen durch die Volkskammer über die einzelnen Fragen kommen kann, erscheint fraglich.

Ueber die Ernährungslage

wurde in einer Pressebesprechung berichtet. Dabei führte Regierungsrat Dr. Schmidt-Leonhardt folgendes aus: Am Schlusse dieses Wirtschaftsjahres seien wir fast in große Not gekommen durch den sich immer stärker fühlbar machenden Mangel an Getreide. Die Reichsgetreidestelle war mit ihrem Können zu Ende, als die Einfuhr von ausländischem Getreide infolge von Streiks in Häfen und aus sonstigen Gründen weit hinter den Hoffnungen zurückblieb. Einem Glücksumstand verdanken wir, daß wir über das Schlimmste hinauskamen, das war der überreichliche Zustrom an Kartoffeln.

An eine volle Aufhebung der Zwangswirtschaft wird im neuen Wirtschaftsjahr nicht gedacht. Für Getreide wird sie völlig aufrechterhalten, und wird es wohl auch am längsten bleiben, ferner für Milch und Fett, während man für Kartoffeln das System der Lieferungsverträge vorgesehen hat, bei dem die Landwirte im ganzen Reiche insgesamt 120 Millionen Zentner vertraglich abzuliefern haben, über den Ueberschuß aber frei verfügen können.

Die Getreideversorgung sieht, wie gesagt, schlecht aus. Doch darf zum Trost hervorgehoben werden, daß Sachsen von allen Staaten mit am besten eingedeckt ist. Ob im ganzen Reiche die letzten Wochen vor der neuen Ernte glücklich verlaufen werden, kann niemand wissen. Gerettet hat uns die Kartoffel. Während in andern Jahren im Sommer bedenklicher Mangel an ihnen zutage trat, tauchen sie dieses Mal in erdrückender Fülle auf. Hervorgehoben müsse aber werden, daß der sächsische Landwirt am wenigsten zurückgehalten hat. Die sächsischen Kommunalverbände hatten bereits im Januar 70 v. H. ihrer Auflagen erfüllt, die schlesischen z. B. erst 19 v. H., die brandenburgischen erst 30 v. H. und die ostpreußischen gar erst 3 v. H. Aus diesen nichtsächsischen Gebieten kommen uns die Kartoffeln hauptsächlich zu. In den letzten Wochen trafen wöchentlich 50 000 Zentner statt der früheren 5000 Zentner ein, besonders auch aus Oberschlesien, das von den Polen mit Kartoffeln überfüllt ist. Die größere Sorge, als sie zu beschaffen, ist jetzt, sie richtig zu verwerten.

Besserung im Eisenbahnverkehr

Im Eisenbahnpersonenverkehr Sachsens betrugen die Einnahmen im Januar 9,6 Millionen Mark, im Februar 10,2 Millionen Mark, im März trotz den Unruhen und Streiks 16 Millionen Mark, im April 18,3 Millionen Mark. Obschon der Mangel an leistungsfähigen Lokomotiven immer noch stark fühlbar ist, sind die Verhältnisse doch schon erheblich besser geworden, zumal man sich damit half, daß man die Fahrzeiten verlängerte, um bei geringerer Inanspruchnahme des Materials dennoch eine gewisse Fahrtpünktlichkeit zu erzielen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Als in der vergangenen Nacht zwei Diebe, die auf dem Güterbahnhof in Netzschkau ihre in einem Kleidergeschäft gemachte Beute verteilen wollten, von Bahnbeamten überrascht worden, gaben sie auf diese Revolverschüsse ab, wodurch zwei Beamte schwer verletzt wurden. Einer von diesen ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Die Diebe entkamen mit einem Teil ihrer Beute. — Der Kopf einer Leiche wurde heute morgen gegen 6 Uhr von Bahnbediensteten auf dem Schlußgleise bei Leswig gefunden. Es handelt sich nach den Feststellungen um den Kopf der Leiche eines Soldaten aus der Garnison Riesa. Der Körper wurde bei Riesa auf dem Gleise gefunden. Vermutlich liegt Selbstmord vor. Der Kopf der Leiche hat sich offenbar in der Maschine festgeklemmt und ist bis hierher mitgeführt worden. Der Kopf wurde verpackt nach Riesa eingesandt. — In die Wohnung des Hüttenarbeiters Hunger in Olbernhau-Neuhütte a. E. drang in einer der letzten Nächte ein Unbekannter ein und verübte einen Raubmordversuch, indem er Hunger im Bett überfiel und ihn mit einem scharfkantigen Eisen zu erstechen versuchte. Der Einbrecher, der Hunger schwere Verletzungen zufügte, stahl dann 500 M. Geld, Schuhwerk, Wäsche und Anzüge und entkam unerkannt. Der Verdacht fällt auf einen bohemischen Arbeitskollegen Hungers.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200616/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Rosenblüte im Schanzenpark

eh. Am Ende der Reichenbachstraße lag die Rückniher Schanze, ein Ueberbleibsel napoleonischer Schlachten, noch bis vor einigen Jahren als grüne Wildnis, durchsät von den Schlachten spielender Jungen. Es war einer der glücklichsten Einfälle der Stadtgartenverwaltung, diese Wildnis in einen öffentlichen Park umzuwandeln. Und unter Leitung des Stadtgartendirektors v. Uslar fand der Gedanke eine glückliche Lösung. Wege wurden angelegt, ohne die alte Schanze zu zerstören. Das wilde Unterholz wurde gelichtet, wo es galt, alten, prächtigen Bäumen Raum und Geltung zu verschaffen; und wo es gut war, blieb das Strauchwerk als willkommene Niststätte für die Vögel. So entstand auf kleinstem Raum — der Park umfaßt nur 25 000 Quadratmeter — ein Park, mit so vielem gärtnerischen Geschick und Sinn für landschaftliche Wirkung angelegt, daß man in seinen Wegen vergißt, wie klein er ist. Es gibt Durchblicke auf funkelnde Blutbuchen, lichtbelaubte Platanen, tiefverzweigte Kastanien, die an englische Parkbilder erinnern. Im Fichtenschatten blühen die duftigen Kerzen des Johanniswedels unter Farnkräutern. In der grünen Dämmerung der kleinen Kastanienallee spielen die Kinder. Und hinter den grünen Toren dieses Laubgewölbes liegt die Stadt müde und besonnt im Mittagslicht.

Dresden mutet in der Ansicht von der Schanze aus wie eine fremde Stadt an. Die ansteigenden grünen Höhen, die Kuppel der Technischen Hochschule, der Turm des Landgerichts mit der goldnen Schwurhand, die neue Siedlung an der Bergstraße, blühende Schrebergärten und wimpelnde Wäsche auf Rasenplätzen fügen sich zu einem eigenartigen Bilde, in dem nur die stachlige Lukaskirche stört.

Das Paradestück des Schanzenparks aber ist das Rosarium am alten Zschertnitzer Markweg. Eine Taxushecke, deren Anlage an den Grundriß des Zwingers erinnert, umschließt die symmetrisch eingeteilten, von schmalen Rasenrändern eingefaßten Beete, auf denen alljährlich im Juni, im Rosenmonat, gegen 5000 Edelrosen ihre duftende Pracht entfalten. Um die hohe Schmuckvase im Mittelpunkt blüht ein Kranz veredelter Monatsrosen in brennendem Rot. Leuchtfeuer heißt die Sprielart und wie ein Leuchtfeuer brennt und sprüht sie in der Sommersonne. Rote Rosen blühen auf den vier großen Mittelfeldern, darunter die pompöse Richmond, die ihre bauschigen Blumen in reichster Fülle verschwendet. Um dieses flammende Feit in Rot prangen auf kleineren Beeten die Spielarten in Rosa. Jede Sorte füllt einheitlich ein Beet. Da breitet die in Sachsen gezüchtete Königin Carola ihre großen rosenroten Blüten mit den eigenartig muschelförmig umgebogenen Blättern über das dichte großblättrige Laub. Mit ihr wetteifern die Schwestern, untereinander verschieden im Bau, im Laub und in der Form der Blume. Die stolze Madame Léon Pain entfaltet ihre köstlichen Blüten auf festen, rötlichen Stielen, eingebettet in rötlich angehauchtes Laub. Die Maman Lyon erinnert in ihrem zart erröteten Weiß an zärtliche junge Mädchen, die keusch erblüht zum ersten Male das flammende Fest der roten Herzöge von Richmond erleben.

Köstlich sind die Beete, auf denen der Gruß an Aachen blüht. Die muschelig gefüllten, schneeballweichen Blumen schimmern in einem duftigen, gelblich-rosenrot überhauchten Weiß. Neben dem zarten Rosa der Schwestern blüht die empfindliche Nataile Böttner mit wenigen vollendeten Blumen in einem kühlen, gelblich-grünen Weiß.

Und immer wieder kehrt man zu den Beeten zurück, auf denen die köstlichsten Rosen blühen: die wundervolle Madame Navarry mit locker aufgeblätterten, schmelzend lachsfarbenen Blumen, üppig erblüht wie eine liebende Frau, die im letzten Jugendkommer um das Verwehen der Liebe und des Lebens weiß. Es ist nicht nur der Name, der an Flauberts Madame Bovary erinnert. Immer wieder wiegt man eine dieser vollen Blumen in der Hand und fühlt dieses reife, bewußte Erblühtsein, in dem schon die Vorahnung des Entblätterns zittert. Und dieser Madame Navarry möchte man den Preis zusprechen, den eine andre ihr doch streitig macht: die aristokratische Herzogin Maria Antoinette, die sich mit feinem, rötlich bereiftem Laub und mit Blüten von einem zarten gelblich überhauchten Rosa schmückt. Die entfalteten Blumen, die sich auf schwanken violetten Stielen tief zur Erde neigen, rollen ihre Blütenblätter spitz zusammen. So erinnern sie an jene vielzackigen Weihnachtssterne, die die Kinder für den Christbaum falten. Die eingefüllten Knospen sind rot geflammt, als sei Wein oder Blut über die schimmernde Haut einer Frau geflossen — Maria Antoinette.

Der Abend weht von den Höhen und die Taxushecke atmet Kühle. Das strahlende Fest der Herzöge von Richmond verglimmt in der Dämmerung. Um die Steinvase glühen noch die roten Blüten des Leuchtfeuers wie ein versunkenes Feuerwerk. In süßen Wellen steigt der Duft empor. Er strömt in die Nacht, in der die Johanniswürmchen unter den Hecken japanischer Kletterrosen glühen.

Madame Navarn — Herzogin Maria Antoinette — diese beiden Namen nimmt man mit wie die Erinnerung an Frauenschicksale, um die man weiß und die sich vollziehen, wenn man Abschied nahm.

Der falsche Stempel

Zu unserer Notiz unter der Ueberschrift „Weht Morgenluft!" in der Nummer 131 unseres Blattes vom 10. Juni teilt uns der Rat zu Dresden mit, daß sämtliche Ratsgeschäftsstellen am 21. November 1918 auf Grund der Gesamtministerialverordnung vom 16. November 1918 (Sächsische Staatszeitung Nr. 268 vom 16. November 1918) angewiesen worden sind, den Kopf auf Briefumschlägen, Briefbogen usw. abzuändern in „Der Rat der Stadt Dresden". Es kann sich bei dem in Rede stehenden Vorgang also nur um ein Versehen handeln.

Eine unhaltbare Verordnung

Das Dresdner Schöffengericht hatte sich gestern mit einer interessanten Strafsache zu beschäftigen, die unter der Bezeichnung „Doenges und Genossen" zur Verhandlung stand. Angeklagt waren der Oberleiter der Sächsischen Staatszeitung, Hofrat Doenges, ferner Oberlektretär Lenk (Dresdner Anzeiger), Redakteur Leudorf (Dresdner Nachrichten), Paul Knittel (Neueste Nachrichten), Ernst Paul Seifert (Elbtal-Abendpost), Franz Florschütz (Unabhängige Volkszeitung), Max Sachs (Dresdner Volkszeitung) und Redakteur Welzel (Dresden-Pirnaer Tageblatt). Die Angeklagten Leudorf und Welzel waren nicht erschienen, das Verfahren wurde für einen späteren Termin abgetrennt.

Es handelte sich um eine Verordnung, die der Demobilmachungskommissar für die Kreishauptmannschaft Dresden unter dem 18. Dezember vorigen Jahres erlassen hatte und die besagte, daß es in der Kreishauptmannschaft Dresden verboten sei, Anzeigen unter Deckadressen oder Chiffre zu veröffentlichen, wenn es sich um offene Stellen irgendwelcher Art und um Stellengesuche männlicher und weiblicher Arbeitnehmer handelte. Diese Verordnung hatte viel Aufsehen verursacht. Wollte sich ein Arbeiter verbessern und nach einer andern Stelle umsehen und dazu Inserate erlassen, so war ihm dies unmöglich. Ebensowenig konnten Arbeitgeber Inserate erlassen, wenn unterlagt. Ebensowenig konnten Arbeitgeber die geeigneten sie glaubten, unter den sich meldenden Arbeitswilligen die geeigneten Kräfte auszuwählen. Erst wenn der Arbeitsnachweis nicht in der Lage war, die Stelle zu besorgen, dann erhielt der Gesuchsteller eine Bescheinigung, auf Grund deren die Zeitungen oder Fachblätter ein Inserat aufnehmen konnten.

Die Angeklagten erklärten bei der Vernehmung, daß sie diese Verordnung für ganz unmöglich und unzulässig hielten. Sie hätten trotz dieser Verordnung Inserate hereingenommen und auch dem Demobilmachungskommissar davon Mitteilung gemacht. Der Leiter des Dresdner Zentralarbeitsnachweises, Dr. Kleißmann, als Zeuge erklärte, daß nach Erscheinen der Verordnung in der Kreishauptmannschaft eine Besprechung stattgefunden habe mit den verantwortlichen Leitern der Zeitungen. Letztere hätten die Verordnung für unzulässig erklärt und zu erkennen gegeben, daß sie eine andre höhere Entscheidung herbeiführen wollten und deshalb trotz der Verordnung Inserate aufnehmen würden.

Vom Vertreter der Anklage wurde die Bestrafung sämtlicher Angeklagten gefordert, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Kohlmann, in längerer Rede Freisprechung forderte. Daß die Verordnung rechtsungültig sei, ersehe man an der Beweisaufnahme, denn selbst Behörden und Gemeinden hätten nach wie vor unbekümmert um den Erlaß des Demobilmachungskommissars ihre Hilfskräfte selbst durch Anzeigen gesucht und sich die erforderlichen Facharbeiter und dergleichen ausgewählt. Auch im Hinblick auf die sonstigen Reichsgesetze und -verordnungen sei der Erlaß des Demobilmachungskommissars unhaltbar und ungesetzlich. Besonders fehle der Verordnung eine Ermächtigung durch die Reichsleitung. Das Gericht verkündete denn auch die Freisprechung der sämtlichen Angeklagten. Der Vorsitzende führte in der Urteilsbegründung aus, der Standpunkt, den die Kreishauptmannschaft eingenommen habe, sei ein solcher, wenn sie sich auf die früheren Verordnungen und Gesetze bezieht. Die Verordnung hänge vollständig in der Luft, sie habe daher auch keinerlei Rechtsgültigkeit.

Ein Nachspiel

Am 11. März vorigen Jahres wurde von einem Trupp Leute nach einer vorhergegangenen Versammlung in einem Zusammenkunftslokale der Ortsgruppen der Kommunistischen Partei beschlossen, die Dresdner Geschäftsstelle der „Antibolschewistischen Liga" auf der Lüttichaustraße 23 zu zerstören. Man begab sich dorthin, sprengte mehrere Türen auf und erbrach einige Pulte. Dem Beschlusse nach sollte nur zerstört, nichts aber gestohlen werden. Man hatte z. B. eine Schreibmaschine in einen Teppich gewickelt, um sie in die Elbe zu werfen. Mittlerweile gewann aber die Ansicht Platz, daß es besser wäre, man machte so viel wie möglich zu Gelde. Deshalb nahm man die Schreibmaschine, eine Aktentasche, wichtige Schriftstücke, 1 Paar Lackschuhe und 80 M. Bargeld mit. Die Beute wurde verkauft und das Geld geteilt. Eine Anzahl Teilnehmer an diesem Diebeszuge sind schon in vier Verhandlungen abgeurteilt. Jetzt wurde nachträglich noch der jetzt 23jährige Buchbinder Paul Walter Nöbrich zur Verantwortung gezogen und er erhielt wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls vier Monate Gefängnis.

In der Sitzung der Stadtverordneten morgen Donnerstag kommen, außer den am letzten Donnerstag abgesetzten Punkten, die Ratsvorlagen über die neue Besoldungsordnung der städtischen Beamten, die Neufestsetzung der Gehälter der besoldeten Ratsmitglieder und die Erhöhung des Straßenbahntarifs zur Beratung.

Aufwartefrauen und sonstige Arbeitskräfte vermitteln der Zentral-Arbeitsnachweis und seine Zweigstellen. Die Hausfrauen werden besonders darauf hingewiesen, daß sie ihren Bedarf an Aufwartefrauen auch in den Zweigstellen anmelden können, von wo sie schnell bedient werden. Zweigstellen des Zentral-Arbeitsnachweises bestehen in Neustadt: Kamenzer Str. 19 (Fernruf 12 280) und Barbarastraße, Ecke Riesaer Straße (Fernruf 16 516); Striesen: Schandauer Str. 11 (Fernruf 31 338); Cotta: Ockerwitzer Str. 12 (Fernruf 17 966); Löbtau-Plauen: Wallwitzstraße 15 (Fernruf 29 677). Für Wasch- und Scheuerfrauen ist eine Fachabteilung in der Zentrale, Marienstraße 17, eingerichtet (Fernruf 25 881).

Sonderverteilung von 150 Gramm Schmalz. Auf Ausweis 465 der Lebensmittelkarte der Stadt Dresden auf die Zeit vom 6. Juni bis 3. Juli 1920 werden 150 Gramm ausländisches Schmalz zum Preise von 6 M. verteilt.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. In der laufenden Woche wird auf die Reichsfleischkarte, Reihe T, Hammelgefrierfleisch und Pökelschweinefleisch mit Knochen verteilt.

Die neuen Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebührenordnung werden voraussichtlich erst in der vorletzten Woche des Juni nach Zustimmung des Reichsrats veröffentlicht werden können. Den Inhabern von Fernsprech-Nebenanschlüssen, ebenso den Inhabern von Anschlüssen außerhalb des Fünfkilometer-Kreises der Vermittelungsstelle, von Anschlüssen gegen die Vorortspauschgebühr und von Nebentelegraphen und besondern Telegraphen, deren Gebühren durch die neuen Ausführungsbestimmungen erhöht werden, wird daher ein außergewöhnliches Kündigungsrecht bis 25. Juni zum 30. Juni eingeräumt.

Deutsche Kinder nach Finnland! Am 17. Juni geht ein weiterer Transport sächsischer Kinder über Lübeck nach Finnland. Die Dauer des Aufenthalts in finnischen Familien erstreckt sich auf zirka drei Monate.

Arbeiterjugendantisten. Nächsten Freitag, 7½ Uhr, Zusammenkunft im Restaurant Judenhof.

Verhaftet wurde am Montag in Dresden der Kommunist Tittel aus Ulm a. d. D. Er reiste unter falschem Namen.

Unfall im Zirkus. Am Dienstag abend gegen 10 Uhr stürzte im Zirkus Sarasani bei der Vorführung von Wild-West die italienische Kunstreiterin Nell Prest vom Pferde. Die erst 17 Jahre alte Reiterin wurde besinnungslos aufgehoben. Sie erlitt einen Nervenschock und wurde nach der Klinik des Dr. Hänel überführt.

Vermischte Nachrichten. Beim Aufspringen auf einen Straßenbahnwagen der Linie 16 kam am Dienstag nachmittag ein in einem Lazarett als Reconvalescent weilender Feldwebel zu Falle. Er wurde überfahren und an den Beinen schwer verletzt. Nach seinen eigenen Aussagen war er an dem Unfall selbst schuld. — Von einem Pferd gebissen wurde am Dienstag nachmittag auf der Stärkemagazin ein achtjähriger Junge, der das Tier vermutlich geneckt hatte. Die Verletzungen am Unterleib waren derart schlimm, daß das Kind dem Krankenhause zugeführt werden mußte. — Die Petition von Industriellen usw. um Herstellung einer Fußgänger-Ueberführung über die Bahngleise im Zuge der Bienerstraße ist von der Generaldirektion mit der Begründung abgelehnt worden, daß deren Ausführung jetzt sehr hohe Kosten erfordern und bei dem voraussichtlich nur kurzen Bestand der Anlage sich nicht lohnen würde. — In der Pulvermühle wird jetzt an dem nach der Weißeritz zu gelegenen Gebäudeteil ein Erweiterungsbau ausgeführt, der sich dem Charakter des alten Baues anpassen wird. Die alte Pulvermühle dient schon lange Jahre ihrem eigentlichen Zwecke nicht mehr.

Aus dem Parteileben

Achtung, Unterbezirke! Zu der am Freitag den 18. Juni, vormittags 11 Uhr, im Volkshaus, Dresden, Zimmer 1, stattfindenden Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes sind die neugewählten Vertreter zu entsenden, da die Neuwahl des engeren Bezirksvorstandes vorgenommen werden muß. Der Bezirksvorstand.

Bezirk Pieschen. Den Genossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß am Donnerstag, abends 7 Uhr, in der 27. Volksschule, Moltkestraße (Turnhalle), ein Elternabend mit Elternratswahl stattfindet. Aufgabe der Eltern der in dieser Schule in Frage kommenden Kinder ist es, für rege Beteiligung Sorge zu tragen.

Bezirk Striesen. Die Elternratswahl für die 39. Volksschule, Gustav Freytag-Straße, findet morgen Donnerstag, abends 7 Uhr daselbst statt. Wir ersuchen unsere Eltern ganz dringend, zum Vorteil ihrer Kinder zu dieser Wahl zu gehen und Eltern in den Rat zu wählen, die in fortschrittlichem Sinne für die Schule wirken werden.

Bezirk Striesen. Wir ersuchen nochmals ganz dringend, die Sammellisten zur Wahl umgehend beim Genossen Otto Rüger, Altenberger Straße 48 part., abzurechnen. Dasselbe kann auch heute von 7 Uhr abends an im Schützenhof geschehen.

6. Kreis, Gruppe Süd. Sonnabend, abends Punkt 7½ Uhr Vertrauensmänner-Konferenz im Restaurant Goldner Hammer, Hubertusburger Straße. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Zusammenkunft werden auch sämtliche Genossen und Genossinnen, die am Wahltage mitgearbeitet haben, erscheinen. Die für Donnerstag angesetzte Vertrauensmännersitzung findet nicht statt. Mitgliedsbuch muß mitgebracht werden.

Plauenscher Grund

Birkigt. Gemeinderatssitzung. Von der Erhöhung der Verpflegsätze in der Bezirksanstalt Saalhausen wurde Kenntnis genommen. — Zum Gemeindeeinnehmer wurde der Gegenbuchführer Thiele in Taubenheim an der Spree gewählt. Der Antritt erfolgt am 15. Juli. — Dem vorliegenden Antrage des Gemeinderates Welschdorf, Rentenzuschüsse betreffend, wird einstimmig beigetreten. — Als Ausschußmitglieder für den Wohlfahrtspflegebezirk Colditz, Gittersee, Birkigt werden der Gemeindevorstand, Genosse Tängethal, Fischer und Frau Stölzig gewählt. — Anschließend geheime Sitzung.

Gittersee. Heute Verteilung von 125 Gramm Quark für 65 Pf.

Potschappel. Auf Nährmittelabschnitt 47, A, B, C und D, je 250 Gramm Haferflocken für 1,80 M.

Deuben. Die Abschnitte 84 und 85 der Bezirksausweiskarte sind zur Belieferung mit 1 Pfund Erbsen und 100 Gramm Schmalz bis Donnerstag in den Kleinhandelsgeschäften anzumelden. Die Abgabe der gesammelten Abschnitte hat bis 18. Juni bei Herrn Drogist Kühne zu erfolgen. Der Preis beträgt für 1 Pfund Erbsen 2,50 M. und für 100 Gramm Schmalz 4 M. — Quarkverteilung bei Schüßler und Schneider für die dort zur Butterkundenliste eingetragenen Kunden. ¼ Pfund für 80 Pf. auf einen Juni-Abschnitt der Landessperrkarte. 100 Gramm Schmalz für 4,65 M. auf den angemeldeten Abschnitt 32 der Bezirksausweiskarte in den Kleinhandelsgeschäften.

Deuben. Kohlenverkauf auf die in der Kohlenhandlung der Firma Moritz Jähnig, Dresdner Straße, angemeldeten Kohlenkarten findet Donnerstag, vorm. 8 bis 12 Uhr, statt. Beliefert werden die Nummern 1—225 der Kundenliste mit je zwei Hektoliter auf Bezugskarte Nr. 2 der Kohlenkarten. Nichtpünktliche Abholung bringt den Verlust der Kohlen mit sich.

Der 17. deutsche Genossenschaftstag

Bad Harzburg, 14. Juni.

Am 3. Verhandlungstag sprach Heinrich Lorenz, Hamburg, über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Er streifte zunächst die russische Genossenschaftsbewegung und unterstrich die Ausführungen des russischen Delegierten. Auch die ungarischen Konsumgenossenschaften hatten unter der kommunistischen Räteregierung ihres Landes zu leiden und führten Klage über die Eingriffe in ihre Rechte und Freiheit. Im übrigen sei zu konstatieren, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung in allen Ländern erfreuliche Fortschritte mache. Man könne heute sagen, die Konsumgenossenschaftsbewegung ist die größte Bewegung der Welt.

Bei den früheren Tagungen des Internationalen Genossenschaftsbundes habe die Frage der Gewinnbeteiligung der Kräfte eine große Rolle gespielt. Auf der Tagung in Cremona sei der wichtigste Punkt gewesen: das genossenschaftliche Einkaufswesen. Auch sei man damals schon mit der Idee der Gründung einer Internationalen Großeinkaufsgesellschaft umgegangen. Der Standpunkt des Internationalen Genossenschaftsbundestages in Hamburg 1910 sei gewesen, daß als wichtigste Art der Genossenschaften die Konsumgenossenschaften zu gelten haben, die einen antikapitalistischen Charakter tragen müßten. Bei dem 9. Kongreß 1913 in Glasgow war von besonderer Bedeutung die damalige Kundgebung für den Weltfrieden. Der nächstfällige Kongreß 1916 in Basel konnte wegen des Krieges nicht stattfinden. Im September 1916 und im Februar 1919 tagten aber Konferenzen der alliierten Länder. Auf die bei gestellte Frage über die Haltung der Genossenschaftler im Kriege und die Beachtung der Friedensresolution des Glasgower Kongresses antworteten die deutschen Genossenschaftler: „Die deutschen Genossenschaftler wissen sich eins mit den Genossenschaftlern aller andern Länder darin, daß sie den Krieg nicht erstrebt und nicht gewollt haben, daß sie den Ausbruch des Krieges auf das Tiefste bedauern und daß sie ohnmächtig waren, ihn zu verhindern. Während des Krieges sind sie bemüht gewesen, soweit es in ihren Kräften stand, die Leiden der breiten Massen des Volkes zu lindern und unermüdlich auf die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung als der endgültigen Ueberwinderin aller Kriegsursachen hinzuweisen. Die Früchte dieser Arbeit beginnen in der jungen deutschen demokratisch-sozialen Republik zu reifen. Große Widerstände sind beseitigt, und wir sind sicher, daß die Grundsätze der Glasgower Friedensresolution mehr und mehr die Leitsterne der überwältigenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes werden." Gleichzeitig wird in dieser deutschen Resolution auch auf den Friedensvertrag von Versailles hingewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch die Genossenschaftler aller Länder dagegen protestieren und ihn ablehnen.

Ueber den Abschluß eines Reichsrahmentarifes mit den Bäckern und Transportarbeitern referierte August Kasch, Hamburg. Hierzu wurde folgende Resolution gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die Genossenschaften sind der Auffassung, daß genossenschaftliche Reichstarife keine Berechtigung mehr haben und in der Praxis im allgemeinen durch einheitliche Abmachungen für das Gesamtgebiet durch Reichstarife oder durch Abmachungen an den einzelnen Orten erfaßt werden. Die Genossenschaften verlangen, daß ihre gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen hierbei keine ungünstigere Behandlung erfahren als die privatkapitalistischen Betriebe. Sie lehnen eine unterschiedliche Bewertung von Groß- und Kleinbetrieben als unverantwortliche Hemmung des Ausbaues der Gemeinwirtschaft grundsätzlich ab. Die Genossenschaften erklären sich ausdrücklich damit, wie bisher über die allgemeinen Verpflichtungen hinaus ihre sozialen Fürsorgeeinrichtungen zu erhalten und auszubauen."

Die vom Bäckerverband in den Großstädten beantragte und gegen die Gesetzesbestimmung durchgeführte Mehlkontingentierung fand auf dem Genossenschaftstag von keiner Seite Gegenliebe, sondern wurde allgemein scharf verurteilt, weil sie die Großbetriebe einschränkt und zur Verteuerung des Brotes wesentlich beiträgt. Diese Mehlkontingentierung erscheint als kein geeignetes Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen behandelte Sierakowski, Hamburg. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes setzt sich mit der Einrichtung von Halbjahrskursen das Ziel, befähigte Leute im Alter von etwa 25 bis 40 Jahren, die mit der genossenschaftlichen Praxis hinreichend vertraut sind, mit jenem Wissen auszustatten, das notwendig ist, in der Konsumgenossenschaftsbewegung verantwortliche Stellungen einzunehmen. In einer zu diesem Punkte angenommenen Resolution wird unter anderm gesagt:

„Der Genossenschaftstag betont wiederholt mit Nachdruck die Bedeutung der genossenschaftlichen Bildungsarbeit für die weitere Ausbreitung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung und erklärt sich mit dem weiteren Plan der Fortbildungskommission auf Abhaltung von Wander- und Spezialkursen für die Funktionäre des Konsumvereins einverstanden."

Hierauf wurde noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt. Die Jahresrechnung wurde genehmigt, dem Vorstande Entlastung erteilt und die Verteilung der Zuwendungen an die Revisionsverbände vorgenommen.

Bei der darauffolgenden Wahl wurden die alten Vorstandsmitglieder und Ausschußmitglieder wiedergewählt. An Stelle des ausgeschiedenen früheren Unterstützungssekretärs Aug. Müller tritt August Kasch, Hamburg. Wegen Arbeitsüberlastung im Vorstande wurde Hoffmann, Magdeburg, als weiteres Vorstandsmitglied berufen.

Damit waren die Verhandlungen des Kongresses beendet. Mit anfeuernden Worten zum tatkräftigen Auf- und Ausbau der Genossenschaftsbewegung schloß der Vorsitzende Hoffmann den Genossenschaftstag.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200616/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Ein Reichstarif der Eisenbahnarbeiter

Von einem Teilnehmer an den Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag für Eisenbahnarbeiter wird uns geschrieben:

Um eine Vereinheitlichung des Lohnwesens der Eisenbahnarbeiter zu erreichen, hatte das Reichsverkehrsministerium die Vertreter der Großorganisation und der Arbeitnehmer der einzelnen Länder zu Verhandlungen über einen Reichslohntarif für die Reichseisenbahnen eingeladen. Der damalige Reichsverkehrsminister Dr. Bell eröffnete am 27. April die Verhandlung und führte in seiner Ansprache aus, daß die wirtschaftliche Gestaltung des Eisenbahnwesens in erster Linie von der Erhöhung der Produktion abhänge. Er sei sich bewußt, daß nur von einem zufriedenen und arbeitsfreudigen Personal höhere Leistungen erwartet werden könnten, so daß er den Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen volles Verständnis entgegenbringe. Die Arbeitnehmer hatten einen Höchstlohn von 6 M. für die Stunde, abgestuft nach Wirtschaftsklassen und Lohngruppen, und einen Mindestlohn von 4.50 M. für einen Arbeiter von 24 Jahren, dazu eine Kinderzulage von 40 M. monatlich gefordert. Erst am 27. Mai nahm die Regierung durch einen Gegenvorschlag, der einen Höchstlohn von 5.10 M. und einen Mindestlohn von 3 M. vorsah, zur Lohnfrage Stellung. Die Arbeitnehmer setzten, um überhaupt Verhandlungsmöglichkeiten zu schaffen, ihre Forderung herab bis auf 5.30 M. Höchstlohn für einen Vorhandwerker in Wirtschaftsklasse A und einen Mindestlohn von 3.40 M. für einen Arbeiter der 7. Lohngruppe in Wirtschaftsklasse E. Die Regierung erkannte schließlich den Höchstlohn von 5.30 M. an, erklärte sich aber nur für 3.10 M. als Mindestlohn und betonte gleichzeitig, daß diese Vorschläge nur als unverbindliche Referentenvorschläge anzusehen seien. Die beteiligten Minister, denen Vortrag über den Stand der Verhandlung gehalten wurde, erklärten, daß für jede Mehrausgabe die Einwilligung des Reichstages erforderlich sei. Angesichts der politischen Lage wird nun unter den Arbeitern der Eisenbahnverwaltung eine große Beunruhigung bemerkbar, denn die Erfüllung ihrer durchaus berechtigten und auf das äußerste eingeschränkten Forderungen wird auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Weiter kommt nun noch dazu, daß die Reaktion in der Erwartung, daß ein Rückgang der Preise für unsre Lebensmittel und Bedarfsartikel eintritt, jetzt bahnbrechend im Lohnabbau vorgehen will. Hoffentlich wird durch diese Darlegungen in der Oeffentlichkeit für die Erregung der Eisenbahner einiges Verständnis geschaffen.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten

die, wie wir am Sonnabend mitteilten, kürzlich in Berlin gegründet worden ist, entpuppt sich als ein reaktionäres Gebilde, dessen Ziel hauptsächlich die Verhinderung einer starken Einheitsfront aller Arbeitnehmer im Deutschen Eisenbahnerverbande ist. Der Beschluß der Gründungsversammlung, daß diese „Beamtengewerkschaft parteipolitisch neutral sein solle, erstreckt sich nur einseitig nach rechts. Das geht klar und bündig daraus hervor, daß man z. B. einen Vortrag über Beamte und Sozialdemokratie ablehnte, während man in der Zeitschrift dieser „Gewerkschaft" eine deutsch-volksparteiliche Abhandlung über Beamte in der Politik „zur Belehrung der Mitglieder" — wie besonders betont wurde! — wörtlich abdruckte. So sieht die „parteipolitische Neutralität" aus!

Die Macher der Gründung meinen, daß Beamte nicht in Arbeitergewerkschaften gehören, da dadurch das „Ansehen des Standes" untergraben würde. Den Deutschen Eisenbahnerverband, der alle Eisenbahner, gleichviel ob es sich um Beamte, Angestellte oder Arbeiter handelt, über allen Standesdünkel und alle alten Vorurteile hinweg zu einer einheitlichen und festgefügten Organisation zusammenschweißt, sucht man entgegen dieser Tatsache als reine Arbeitergewerkschaft bei den Beamten in Mißkredit zu bringen, um die eigene Zersplitterungs- und Zersplitterungsarbeit und den dadurch verübten Verrat an den Interessen aller Eisenbahner zu bemänteln.

Das Koalitionsrecht nimmt man freilich in Anspruch. So wollte man z. B. streiken, wenn nicht sofort an Beamte Vorschüsse gezahlt würden; aber beim Kapp-Putsch lehnte man zunächst die Teilnahme am Streik aus „parteipolitischer Neutralität" ab und man stimmte ihr erst dann zu, als sich das Zünglein an der Wage stark nach Links geneigt hatte. Der Bund sächsischer Eisenbahnbeamten ist Hauptgründer der „Reichsgewerkschaft", wodurch deren Art gekennzeichnet ist. Alle Eisenbahner brauchen eine Einheitsfront, die nur im Deutschen Eisenbahnerverbande gegeben ist.

Tarifrevision im Lithographie- und Steindruckgewerbe

Im Mai 1919 wurde der erste Zentraltarif für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe abgeschlossen, der am 31. Mai dieses Jahres abgelaufen ist. Nach schwierigen Beratungen über die Fortführung des tariflichen Verhältnisses wurde schließlich eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt:

Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 47 Stunden in der Woche. Den Unternehmern ist jedoch gestattet, im Einvernehmen mit den Lithographen und Steindruckern des Betriebes die achte und elfte Stunde als Ueberstunde arbeiten zu lassen. Der Mindestlohn beträgt in Orten ohne Lohnzuschlag 108 bis 165 M., in Orten mit 7½ v. H. Ortszuschlag 116 bis 169,50 M., in Orten mit 15 v. H. Ortszuschlag 119 bis 174 M., in Orten mit 20 v. H. Ortszuschlag 121 bis 177 M. und in Orten mit 25 v. H. Ortszuschlag 123 bis 180 M. Diese Mindestlöhne errechnen sich: a) aus den Grundlöhnen, b) den Ortszuschlägen, c) aus allen bis zum 31. Mai 1920 geltenden tariflichen Teuerungszulagen. Zu diesen Mindestlöhnen erhalten die Gehilfen Teuerungszulagen: in Orten unter 25 000 Einwohnern 21 bis 30 M., in Orten mit 25 000 bis 100 000 Einwohnern 25 bis 35 M. und in Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern 30 bis 40 M. Zwei Drittel dieser Zulagen werden vom 1. Juni an bezahlt, das letzte Drittel vom 21. Juni an. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. August 1920. Oertliche Verhandlungen sind während der Dauer der Vereinbarung nicht gestattet. Das Tarifamt hat vierteljährlich eine Nachprüfung der Teuerungsverhältnisse und der Löhne vorzunehmen. Dem Lehrling ist ein Wochengeld zu zahlen, das im ersten Lehrjahr 10 M., im zweiten Lehrjahr 20 M., im dritten Lehrjahr 30 M., im vierten Lehrjahr 40 M. beträgt. Oertliche Abschläge können durch die Kreisvertreter vereinbart werden. Innerhalb der nächsten sechs Monate darf eine Neueinführung von Stücklohn und Prämienarbeit nicht erfolgen. Nach dieser Zeit wird zwischen den Vertragsparteien neu verhandelt. Der Tarif gilt bis zum 31. Mai 1921.

Ueber die Annahme oder Ablehnung dieses Tarifs entscheidet zur Zeit die Gehilfenschaft durch eine Urabstimmung.

Wem gebührt das Bedienungsgeld?

Aus den Kreisen der Gasthausangestellten wird uns geschrieben:

Nach den tariflichen Abmachungen ist für das Hotel- und Gastwirtsgewerbe in Dresden das Prozentsystem eingeführt. In den Hotels 1. Ranges werden 25 Proz. und in solchen 2. Ranges 20 Proz. erhoben. Von dem christlichen Hotel Hoipfl, Zinzendorfstraße 17—21, liegt uns eine Hotelrechnung vor, bei der auf den Rechnungsbetrag von 180,55 M. ein Bedienungsgeld von 45,15 M. einschließlich Wäscheverlag erhoben worden ist. Zum Bedienen der Gäste werden die Zimmermädchen verwandt und man sollte meinen, daß der erhobene Betrag des Bedienungsgeldes auch diesen zugereicht wird. Dem ist aber nicht so, denn die Gelder kassiert die Direktion und die Mädchen erhalten nichts! Die Arbeitszeit in diesem christlichen Betriebe ist 14 bis 16 Stunden. Die Behandlung der weiblichen Angestellten ist alles andre, nur nicht christlich zu nennen, denn die Ausdrücke entsprechen wohl nicht der Tradition des christlichen Heims. Es ist erwünscht, daß man dem Herrn Direktor dieses Hauses besser auf die Finger sieht.

Aus den Angestelltenverbänden

Im Reichswirtschaftsrat wird die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände durch nachstehende Kollegen vertreten: Zentralverband der Angestellten: Hugo Cohn, Fritz Rosan, Kurt Schimmel, Georg Icko, Otto Urban, Paul Vierath; Bund der technischen Angestellten und Beamten: Siegfried Aufhäuser, Otto Schweitzer, Georg Werner; Deutscher Werkmeisterverband: Franz Klingen, August Leonhard; Allgemeiner Verband der deutschen Bankbeamten: Benno Marx.

Der Tarifvertrag für die Angestellten bei den Reichsverwaltungen ist abgeschlossen und im Druck erschienen. Er kann in der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Nitzenbergstraße 4, bezogen werden.

Betriebsräte und Gewerkschaften

Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner Sitzung vom 15. Juni, am 15. Juli d. J. eine Reichskonferenz von Vertretern der Agitationskommissionen nach Berlin zu berufen zwecks Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte. In dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Agitationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sowie über die weiteren erforderlichen Maßnahmen entschieden werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz
für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Naben u. Komp., Dresden.

KAMMERSPIELE MÜNCHHEIM
Leitung: Ernestine Münchheim.
Eröffnung nächsten Sonntag, abends 7½ Uhr
STRINDBERG:
Vorm Tode. Mutterliebe. Mit dem Feuer spielen.
Darsteller: Ida Orloff
Ernestine Münchheim, Anne Schönstedt, Elfriede Wollmann, Fritz Valk, Wolfgang Reiss und andere.
Saal der Kaufmannschaft.
Karten bei F. Ries, Seestr. 21, O. Heinicke, Hauptstr. 3, Ra-Ka und an der Abendkasse. — Preise der Plätze: 30.—, 20.—, 15.—, 10.—, 6.— und 3.— M. (einschl. Steuer). [s 628

Fleischversorgung in der Stadt Dresden

vom 14. bis 20. Juni 1920.

Es erhalten auf die Reichsfleischkarten Reihe „T"

Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—10 100 Gramm
Kinder bis zu 6 Jahren „ „ 1—5 50 „

Hammelgeriefelfleisch und Kalbfleischweinefleisch mit Knochen.

Der Einheitspreis für Hammel- und Schweinefleisch mit Knochen beträgt 10.— M. das Pfund, 4.50 M. für 100 Gramm bei Abgabe an die Verbraucher.

Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht. Die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine gleichmäßige Belieferung ihrer Kunden zu sorgen. [1 834

Dresden, am 15. Juni 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Sonderverteilung von 150 Gramm Schmalz.

1. Auf Ausweis 46 der Lebensmittelkarte der Stadt Dresden auf die Zeit vom 6. Juni bis 3. Juli 1920 werden

150 Gramm ausländisches Schmalz zum Preise von 6 M.

verteilt.

2. Die Ausweise sind in einem zum Handel mit Speisefett zugelassenen Geschäft

Freitag und Sonnabend, den 18. und 19. Juni 1920

anzumelden, vom Geschäftsinhaber in der üblichen Weise aufgerechnet und verpackt bei einer der folgenden Meldestellen

Montag und Dienstag, den 21. und 22. Juni 1920

abzugeben.

3. Meldestellen sind die Firmen: Otto Anders, Wettinerstraße 37; Georg Fornas, Bautzner Straße 56; Bauer & Umlauf, Wettinerstraße 42; Georg Hänsch, Grunaer Straße 31; Albert Renner, Könneritzstraße 21; Gustav Rickmann, Schäferstraße 3; Spodenk & Sohn, Wettinerplatz 10; Verkaufsverband Nordbeutscher Molkereien, Querallee 17.

Die Meldestellen haben die Ausweise Mittwoch den 23. Juni 1920 bei der Butter- und Fette-Verteilungsgesellschaft, Seestraße 4, IV., einzureichen.

4. Der Verkauf erfolgt

Mittwoch den 30. Juni und Donnerstag den 1. Juli 1920.

5. Bäckereibetriebe erhalten in den bekannten Geschäften die gleiche Menge Schmalz ohne Voranmeldung auf den Ausweis derjenigen ockergelben Bäckereibetriebs-Lebensmittelkarte, die an den Verkaufstagen Gültigkeit hat. Die Rechnungen müssen nach der Blankettbekanntmachung vom 3. Juni 1920 (Dresdner Anzeiger vom gleichen Tage) angefertigt mit der Stammkarte vorgelegt werden und auf der Rückseite die Gutschriftsbeträge enthalten. Der Verkauf an die Bäckereibetriebe kann bis zum 3. Juli 1920 erfolgen. Die Kleinverteiler erhalten aus Kontrolle von ihrem Großhändler eine Vorkostenmenge Schmalz, über die nach Maßgabe der Verkaufszeit unter Beifügung der belieferten Bäckereibetriebe-Lebensmittelkarten Abrechnung zu geben ist.

6. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. [1 834

Dresden, am 15. Juni 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Wegen des Umsichgreifens der Maul- und Klauenseuche im hiesigen Bezirk werden hiermit die zwischen der Bahnlinie Meißen einerseits und der Linie andererseits um Maltschendorf herumliegenden Orte Kriesche, Boxdorf, Moritzburg, Ullersdorf, Cheopsmühle, Sobrigen, Radewiese, Reisewitz, Schullwitz, Schönfeld, Langebrück, Schönborn, Dippelsdorf, Hellerberg mit Gibitzbusch, Niederporitz, Mockritz und Kaitzerbusch als Seuchengebiet erklärt.

Entsprechend § 116 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz wird verboten:

a) Die Abhaltung von Klauenviehmärkten, mit Ausnahme der Schlachtviehmärkte in Schlachtviehhöfen, sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Viehmärkte. Dieses Verbot hat sich auch auf marktähnliche Veranstaltungen zu erstrecken.

b) Der Handel mit Klauenvieh sowie der mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Der Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Aufkaufen von Vieh durch Händler ohne Mitnahme von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

c) Die Verabreichung von Verbrennungen von Klauenvieh.

d) Die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh.

e) Das Wegnehmen von nicht vorschriftsmäßig erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Wirtschaftsbetrieben der Molkereien, ferner die Entfernung der zur Aufbewahrung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, wenn sie desinfiziert sind.

f) Viehmärkte und öffentliche Versteigerungen, soweit sie andre Tiergattungen als Wiederkäuer und Schweine betreffen.

g) Jahr- und Wochenmärkte, auch wenn auf ihnen Vieh nicht gehandelt wird.

h) Sitzungen von Tierärzten jeder Richtung.

Dresden-Neustadt, am 14. Juni 1920.

[110 **Die Amtshauptmannschaft.**

In dem Gehöft des Wirtschaftsbesitzers Friedrich Mitzen in Maltschendorf, Nr. 12, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Als Sperrbezirk hat das genannte Gehöft, als Beobachtungsgebiet der übrige Teil des Ortes zu gelten. [110

Dresden-Neustadt, am 14. Juni 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Pirna. Die diesjährige Kirschenernte hat Verfügung wird den hiesigen Einwohnern restlos angeboten, indem die Pächter verpflichtet werden sind, die Kirschen nur an hiesige Einwohner zu einem Preise von nicht über 1 M. für das Pfund zu verkaufen. Der Verkauf erfolgt in einem Verkaufsstand am Obermarkt, soweit Vorräte vorhanden sind, wobei die Lebensmittelkarte A vorzulegen ist, die zum Zeichen der Abgabe entwertet wird. Wenn die gesetzlichen Bestimmungen über Abgabe nicht von einer Kommission der in liefernden Lebensmittelkarten abgegeben werden. Es sollen die Nummern mit 1 beginnend nach der Reihe aufgerufen werden, wobei zunächst auf jede Person 1 Pfund gerechnet ist. Bemerkt wird, wobei zunächst auf jede Person 1 Pfund gerechnet ist.

Pirna, am 12. Juni 1920. [b 256] **Der Rat der Stadt.**

Die im
Olympia-Tonbild-Theater
entstandenen Differenzen sind gestern durch Verhandlungen der Theaterleitung einerseits mit den Vertretern der unterzeichneten Verbände anderseits in gütlicher Weise beigelegt worden.
Der Betrieb ist wieder eröffnet.
Für den Transportarbeiter-Verband (Abteilung Theaterpersonal): Max Richter.
Für den Musiker-Verband: Max Szebur.
Olympia-Tonbild-Theater m. b. H.
s 346

Das Fand.
... dies ist ein Schreibfehler. Ein Fehler befindet sich auch auf verschiedenen Plakaten in der Straßenbahn. Für die Auffindung der meisten Plakate mit diesem Fehler setzen wir Preise aus: für die längste Liste mit Wagennummern, wo solche Plakate hängen, einen
I. Preis von M. 300,–
einen II. und III. Preis von M. 200.– und 100.– für die nächst meisten Wagennummern; sodann 12 Trostpreise von je M. 50.–. / Die eigenen Beamten und die der Städtischen Straßenbahn sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. / Die Namen der Preisträger werden später veröffentlicht werden, nachdem die 1200 Mark von uns ausgezahlt worden sind. / Die Einsendung der ermittelten Wagennummern sind bis spätestens Ende Juli unter der Aufschrift „Fehlernummern" an
Leutert & Schneidewind
A.-G. in Dresden-A. 21, Kunstanstalt und Reklame-Monopole, zu richten.

Achtung!
Aschegruben entleert prompt:
Telephonanruf 18 185.
Daselbst werden auch [s 293
alle Arten Fuhren, Bauschutt usw. übernommen
Fahrbetrieb Heller, Dresden, Am See 34.

Durchschreibebücher
halten wir in vielen Sorten vorrätig und fertigen wir als Spezialität nach jedem Schema an. Verlangen Sie Angebote!
Buchdruckerei M. & R. Zocher
Große Plauensche Str. 21 — Annenstr. 9

Echte Kautabake!
Nordhäuser Lerche, seit 90 Jahren im Handel, kräftig, ergiebig Rolle 2.25
Rostocker, seit 90 Jahren im Handel, mild, ergiebig . . . . . Rolle 2.15
Kentucky, kräftig . . . . . Rolle 1.75
Echt Dänische Bündel, Stück 3.50
Alles Ware frisch und saftig.
Kostprobe gratis u. gern gestattet.
Man befrage seine Kollegen über meine Kautabake!
Großhandlung Johannes Philipp, Gr. Brüdergasse 5 Nähe Schloßstr.
Ammanstr. 40 (gegenüber Hellfembrücke).

Steinkohlenschlamm, Torf
Brennholz in Rollen u. Klötzern
grob und klar gespalten, ofenfertig, empfiehlt
J. G. Busch G. m. b. H., Kohlengeschäft
Berliner Straße 27. Tel. 21 28.

Gute, schöne
Speisekartoffeln
markenfrei
1 Ztr. 80 M., verkauft täglich von 1—4 Uhr
Gemeindeamt Burgk. [b 229

Ia Fleischertraktersatz
„Ohsena"
vorzügliche, sehr begehrte Marke, in schönen Riechdosen. Verkaufspreis 1.50 u. 2.90 M.; ½ Pfd. die Dose 1.05 M., 1 Pfd. die Dose 1.90 M. Sort. 60-100 Muster-Postpakete gegen Nachnahme. Ludwig Heller, Pfarrkirchen. Großhandels-Erlaubnis. [123

Ia Harzkäse
garant. feinste Quarkware
60-Stück-Kisten
netto ca. 4½ Pfd. M. 31.—
100-Stück-Kisten
netto ca. 7½ Pfd. M. 51.—
ab Molkerei, größere Posten billiger, durch
K. Wendergeb. Beiwaln. härtestr. 14. Fernspr. 11652

Hirse
als Hühnerfutter
Hafer
Buschbohnen
Saatmais
Blüchermais
jetzt geräuchert, reife bis Anfang Oktober
Steckzwiebeln
Futterartikel
empfehlen [1 455
Zindel & Hoffmann
Sahnsgasse 24.

Annähfüße
bill. Tagespreise. Annähen auf Spezialmasch. umsonst. Gleich & Mitnehmen. Wäsche jeder Art wird ausgebessert.
Strümpfe, Socken, Trikotagen jeder Art
denkbar größtes Lager.
Strumpffabrik P. Krause
Hauptgesch. Oberkirchstr. 54.
Zweiggeschäfte: [1 962
Bautzner Straße 23
Gr. Meißnersche Str. 22

Gaskocher
nur beste Sparer
Kochkisten [1 947
Wiegenschränke
sehr vorteilhaft.
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Zentraltheater-Passage.

Kommunalpolitische Probleme.
Von Paul Hirsch.
Aus dem Inhalt: Die Stellung der Gemeinden im neuen Deutschland. — Gemeindesozialismus. — Kulturpolitik der Gemeinden. — Kommunale Gesundheitspolitik.
Preis geb. 8.50 M.
Volks-Buchhandlung und ihre Filialen.

Arbeiter-Männergesangverein
sucht für sofort einen tüchtigen, ernsten [s 32
Liedermeister.
Bedingungen und Bezahlung nach Uebereinkunft. Werte Offerten erbeten der Vorstand.
Reinhold Stock, Großdölzschner Straße 21 II, Bez. Dresden.

Kehrfrauen
für Schule gesucht Melanchthonstr. 8, Zimm. 18

Tausche Wohnung
Tr.-Wirt., Halbeinzimm. Sa., R., gr. Wohnküche u. heller Korridor, 3 Treppen, gegen solche in oder bei Dresden. Off. u. O. H 6 an die Exped. d. Bl. erb.

Kaffee-, Tee-, Speiseservice
Milch- u. Küchengeräte.
Einkochapparate
Einkochgläser
Gute rote Sammeltinge
Hugo Lehmann
Nicolaistr. 14.

Wer gut. Verdienst
s. s. Adr. u. Postlagerkarte 23 Warmbrunn (Rsch., D.), ein.

Huthaus
flotte, leichte Woll- u. Haarfilz-Hüte
sehr vorteilhaft!
König-Johannstr. 21
Dresden, Hauptstr. 20

Kasten- u. Leiterw.
1—8 Ztr. Tragkraft, gute Schnitter- u. Steinmacherarbeit
Ganz solide Sorte
Klappsportwagen
Kinderwagen
billig zu verk.
R. Dittrich Dresden-A. Altenz. 5, p
Größtes [10 331
Spezialhaus dieser Art.

Billige [s 85
Flaschen
zum Beerensaftkochen gibt ab
Flaschengroßhandlung
Neue Gasse 21.

Die Version, die am Dienstag zwischen 3 u. 4 Uhr das Paket aus dem Handwagen vor der Volkszeitung abnommen hat, wird hiermit aufgefordert, dieses umgehend daselbst abzugeben, da sie erkannt wird.

Leben · Wissen · Kunst

57

Der Wildschütz

Roman von Hermann Sorn

Er hatte in diesen vielen Monaten der Prüfung die Demut der Ergebenheit, die die Anschauung schenkt, gelernt und wurde auf sie zurückgeworfen. Die hartnäckigen Kämpfe um ein Ziel hatten ihn ermüdet und blind gemacht. Endgültig niedergeschlagen, wurde er auf einmal sehend für das, was war.

Es war ihm ähnlich zumute wie damals, als er zur Anschauung gekommen war, daß alle Prüfungen und Erlebnisse von Gott, um seines Seelenheiles willen, gewollt waren. Er fühlte wieder eine geheimnisvolle Kette von Tatsachen, die alle den einen Zweck zu verfolgen schienen, ihn schuldig zu machen. Aber das konnte es diesmal nicht sein, daß er um seines Seelenheiles willen eine Schuld auf sich nahm, die nicht die seine war, und wenn Gott ihn läutern wollte, so verstand er nicht, wozu, warum gerade ihn, ihn allein — —

Er fühlte wohl, daß er gehaßt hatte, fast wie der Eberl ihn haßte, und daß dieser Haß vorüber war, als sei er weggeflogen. Er war bereit, sich dem Willen Gottes zu beugen, wie er sich ihm schon einmal in Müdigkeit und Verzweiflung unterworfen hatte, aber sein Glaube war nicht mehr so jung und frisch, daß er hätte noch einmal in derselben Blüte wie damals erstehen können. Er hatte schon zu viel erlebt, und seine Erfahrungen hatten ihn wieder auf das wirkliche Leben verwiesen und dort beglückt.

So war seine Ergebenheit in das, was unabänderlich schien, dumpf und mit Bitterkeit gemischt, und Gebete führten ihn in eine entsetzliche Einsamkeit, in der er blutend am Boden lag; denn der Entschluß, der immer erst die Entscheidung und durch die Einfügung in das Schicksal das bejahende und schöpferische Leben gibt, wollte sich nicht einstellen. Er konnte sich zu nichts entscheiden, weder zu Gott und der Wahrheit, die ihn nach seiner Erkenntnis zu fürchterlichen, unbekannten Schmerzen führen mußte, weil alle Menschen ihn verlassen hatten, noch zum Anschluß an das Leben, wohin es ihn drängte.

Dabei zweifelte er keinen Augenblick am Dasein Gottes, nur was dieser Gott, dem er alles zu Liebe getan zu haben glaubte, mit ihm vorhatte, konnte er nicht ergründen. Seither hatte er ihn doch über Leiden und Schmerzen zu einem schönen, irdischen Glück geführt, nun aber schien er ihn zur eigenen Vernichtung zwingen zu wollen.

Das war alles so unbegreiflich und schwer, schien wie damals, und war doch ganz anders, so daß er sich nicht vertrauend fügen konnte.

In diesen Tagen trat auch der Rechtsanwalt, den ihm das Gesetz stellte, in seine Zelle.

Es war ein noch junger Mann, der sich aus den seitherigen Akten noch kein Bild hatte machen können; denn er sah da keinen Ausweg. Das hatte Xaver Bauer wohl gefühlt und deshalb keine Hoffnung auf ihn gesetzt und ihn für einen schlechten Verteidiger gehalten.

Die Mappe zum Oeffnen bereit, stand der Mann ernst und gemessen und setzte sich dann halb auf das Bett.

„Da hätte ich zuerst ein Schreiben des Herrn Landgerichtsrats Beilhak," sagte er, „er schreibt mir, ich solle Ihnen mitteilen, er wie seine Schwester verbitten sich jedwede weitere Annäherungen. Sie sehen also, die Hoffnungen, die Sie sich von dieser Seite gemacht haben, sind, wie ich Ihnen ja gleich sagte, hinfällig."

Er schloß seine Mappe wieder und betrachtete aufmerksam den Gefangenen.

„Sie scheinen ja," sagte er, „sich etwas beruhigt zu haben und wir können deshalb einmal ruhig miteinander sprechen. Ich weiß gut, daß Sie ein gescheiter Mensch sind und verstehen können, was ich Ihnen auseinandersetzen möchte. Sehen Sie, Ihr Fall ist so merkwürdig gelagert, daß, wenn Sie einfach sagen würden, ja, es ist alles so zugegangen, wie es die andern erzählten, Sie unter allen Umständen, weil Sie in Notwehr gehandelt haben, freigesprochen werden. Sie haben ja nicht einmal gewildert, Sie sind überfallen worden und haben sich einfach gegen einen halb Wahnsinnigen, der als ein rabiater, unzulänglicher Mensch bekannt ist, gewehrt. Da Sie nun sagen, Sie sind es nicht gewesen, komplizieren Sie den Fall und es ist höchst wahrscheinlich, daß Sie und mit Ihnen die andern verurteilt werden. Sie bestehen doch darauf, daß Sie es nicht gewesen?"

„Ich war's nicht," bestätigte Xaver Bauer mit leiser Stimme.

„Es hat sich aber leider noch nicht mehr ergeben," sagte der Rechtsanwalt, „was für Sie spricht. Man glaubt, Sie haben mit den andern zusammen die Tat begangen, und da ist es eben gemeinsamer Totschlag. Man denkt, Sie leugnen nur, weil Sie das Urteil der Frau von Pforden fürchten. Den ersten guten Eindruck Ihres Auftretens haben Sie dann leider durch die Anschuldigung des Pfannendeckel wieder verwischt. Ich verteidige Sie natürlich auch so, aber es ist bedeutend schwerer für Sie. Das eine darf ich Ihnen wohl auch zu verstehen geben, daß Sie unter Umständen noch drei andre Männer, die alle Weib und Kind haben, ins Unglück stürzen. — Haben Sie was gesagt?"

„Meinen Sie, ich soll sagen, ich war's?"

„Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, was Sie sollen, das müssen Sie selbst am besten wissen. Aber ich kann Ihnen nur sagen, es wäre in diesem Falle ein Segen für Sie und alle andern, wenn Sie diese Tat der Notwehr begangen hätten. Und das müssen Sie sich natürlich auch sagen, Frau von Pforden, ob Sie gestehen oder nicht gestehen, wird unter allen Umständen glauben, daß Sie's gewesen sind. Das habe ich aus dem Munde ihres eigenen Bruders. Ich glaube Ihnen auch ferner sagen zu dürfen, daß das Gericht sehr wohl das Motiv zu würdigen weiß, aus dem heraus Sie ein allenfalsiges Geständnis bisher nicht haben machen wollen, immer natürlich vorausgesetzt, daß Sie die Tat begangen haben. Das versteht man natürlich, daß man sich scheut, einer Frau und Mutter, die einem so viele Wohltaten erwiesen hat, einzugestehen, ich habe deinen Sohn umgebracht. — Also das alles möchte ich Ihnen zu verstehen geben und daß ich andernfalls, wenn Sie also bei Ihrer Aussage bleiben, beantragen werde, Ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen."

„Wo komme ich dann hin?" fragte der Unglückliche ängstlich.

„Nun, das ist nicht so schlimm, Sie kommen zwar zur Untersuchung in eine Irrenanstalt, wo es Aerzte gibt, die die Geisteskrankheit zu ihrem besonderen Studium gemacht haben. Aber Sie haben es dort eher besser als hier. — Warum haben Sie eigentlich Ihren Wärter angeschuldigt?"

„Das kann ich nicht sagen."

„Auch wegen der Frau Baronin?"

„Ich kann's nicht sagen."

„Nun, ich will nicht in Ihre Geheimnisse dringen, aber auf jeden Fall war es törichte Anschuldigungen, die man macht, muß man auch beweisen können. Also, haben Sie mir nichts mehr mitzuteilen? Ueberlegen Sie sich, was ich Ihnen gesagt habe, noch einmal gründlich, nicht wahr? Es ist im letzten Augenblick noch Zeit zum Bekennen. Es kommt oft genug vor, daß Gefangene noch während der Verhandlung sich besinnen, was das heißt. Und bedenken Sie, was es heißt, sein Gewissen erleichtern."

„Es ist ganz genau dasselbe wie damals," sagte sich der Gefangene, als er allein war. „Keiner glaubt mir. Gott, was willst du — was soll ich tun?"

Er seufzte schwer und war sinnend und lächelte sogar gequält.

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Kulturen

Von M. Gorki

Ueberall und immer hat die Geschichte den Menschen vom Lande und den Stadtmenschen als zwei psychologisch ganz verschiedene Typen erzogen, welche diese Verschiedenheit für immer mehr vertiefe, denn mit der Schnelligkeit des Schiffes drängt die Stadt vorwärts, das flache Land aber ist nicht schwerer als die Schildkröte.

Der Dorfbewohner, das ist ein Individuum vorwiegend zoologischer Art, ein Wesen, das im harten Arbeit von den ersten Kreiblingstagen bis zum Spätherbst Korn schafft, um den größeren Teil davon zu verlaufen, den kleineren zu verzehren in den Tagen des verdammten, unterm Bergig kalten Winters.

Kein Zweifel — herrlich ist im Sommer „der üppigen Felder lebendig Gold", aber im Herbst, wenn das Gold verschwunden, legt die Erde wieder nackt und entblößt da, wieder fordert sie harte Arbeit, wieder saugt sie fruchtlos die Energie des Menschen aus.

Dieser Mensch ist ganz — innerlich und äußerlich — von den Naturmächten geknechtet, er kämpft nicht gegen sie, sondern paßt sich ihnen bloß an. Die ephemeren Resultate seiner Arbeit flößen ihm keine Achtung bei sich selber, vor seinen schöpferischen Fähigkeiten ein — sie können es nicht. Von allem, was er schafft, bleibt auf der Erde nur Stroh und seine dunkle, enge, strohbedeckte Hütte zurück.

Die Arbeit des Bauern ist allzu schwer und ihre Schwierigkeit, verbunden mit ihrem täglichen Ergebnis, vertieft besonders — und das ist ganz natürlich — in der Seele des Bauern den dunklen Instinkt des Eigentums, macht ihn fast unerschütterlich. Diesem Instinkt vermag die Lehre kaum beizukommen, nach der des Urmenschen Sündenfall gerade der Besitz und nicht der böse Streich gewesen, den der Teufel und Eva dem einfältigen Adam gespielt.

Wenn von Kultur und Bourgeoisie gesprochen wird, denke ich gerade an die Kultur des Dorfes — wenn man bloß diese beiden Begriffe — Kultur und Dorf — vereinigen kann, die in ihrem geistigen Wesen ja nicht vereinbar sind. Die Kultur, das ist der Prozeß der Schöpfung der Ideen, ihre Verkörperung in Gestalt von Büchern, Maschinen, wissenschaftlichen Instrumenten, Gemälden, Bauwerken, Monumenten — in Gestalt verschiedener Gegenstände, welche, indem sie die Kristallisation von Ideen darstellen, als Anreger andrer Ideen wirken, und, quantitativ wachsend, konzentrische Kreise ziehen, die ganze Welt immer weiter umspannen, bemüht, die geheimen Ursachen aller ihrer Erscheinungen zu erfassen und auszuarbeiten.

Eine solche Kultur schafft das Dorf nicht, und es schafft sich auch keine andern Denkmäler, als in Wortgestalt, in Form des Märchens, des Liedes, des Sprichworts. Ja, während sich das eintönige Lied des Dorfes, seine klagende Lyrik könnte Steine erweichen, aber Steine lassen sich durch Lieder nicht erziehen, Menschen auch nicht. Ohne Zweifel — auf dem Lande gibt es viel wehmütige Poesie, und sie lockt uns auf Irrwege der Empfindsamkeit, aber unermeßlich bedeutsamer an Wesen und Umfang ist die Prosa des Dorfes, seine noch animalisch-epische Prosa. Die Dorfidyllen sind allzu wenig bemerkbar im jetzigen Drama des Alltagslebens des Bauern.

Im Vergleich zur passiven, halbtoten Psychik des alten Dorfes erscheint das städtische Bürgertum auf gewisser Entwicklungsstufe als ein überaus wertvolles schöpferisches Element, als jene scharfe Säure, die durchaus dazu angetan ist, die scheinbar weiche, in der Tat aber eiserne Seele des Bauern aufzulösen. Die Trägheit des Dorfes kann nur durch die Wissenschaft und durch sozialistischen Großbetrieb besiegt werden. Man muß eine ungeheuerliche Zahl landwirtschaftlicher Maschinen bauen, sie allein werden den Bauern überzeugen, daß Eigentum eine Kette ist, durch die er wie ein Tiger gefesselt wird, daß es ihm geistig unvorteilhaft ist, daß unvernünftige Arbeit unproduktiv ist, und daß nur durch Wissenschaft disziplinierte, von Kraft veredelte Vernunft ein ehrlicher Führer sein kann auf dem Wege zu Freiheit und Glück.

•

Die Arbeit des Städters ist märchenhaft mannigfaltig, monumental, ewig. Aus Erdenschollen zu Ziegeln umgestaltet, baut der Städter Paläste und Tempel, aus formlosen Klumpen von Eisenerz schafft er Maschinen von erstaunlicher Kompliziertheit. Er hat bereits die Kräfte der Natur seinen halben Sklaven untertänig gemacht, und sie sind ihm dienstbar wie die Djins der orientalischen Märchen dem Weisen, der sie mit der Macht seiner Vernunft geknechtet hat. Der Stadtbewohner hat um sich her eine Atmosphäre von Nationalität geschaffen, er fleht immerfort seinen Willen in der Mannigfaltigkeit wunderbarer Dinge verkörpert, in Tausenden von Büchern, Bildern, die mit dem Wort und dem Pinsel die majestätischen Qualen seines forschbegierigen Geistes, Träume und Hoffnungen, Liebe und Haß auf ewig festhalten — seine gewaltig große Seele, in der unauslöschlich der Durst nach neuen Ideen, Handlungen, Formen brennt.

Und selbst von der Politik des Staates geknechtet, ist der Städter dennoch innerlich frei — gerade durch die Macht dieser geistigen Freiheit zerstört er und schafft Formen des sozialen Lebens.

Ein Mensch der Tat, hat er sich ein qualvoll gestrauchtes, aber — schönes Leben geschaffen. Er ist der Erzeuger aller sozialen Krankheiten, Entartungen, der Schöpfer der Grausamkeit, der Lüge, der Heuchelei, aber — er ist es auch der jenes Mikroskop geschaffen, das ihm gestattet, mit so qualvoller Deutlichkeit die geringsten Bewegungen seines ewig unbefriedigten Geistes zu erblicken. Er hat in seiner Mitte Raubtiere der Wissenschaft, der Kunst, der Technik erzogen — Raubtiere und Weise, die unermüdlich diese Grundlagen der Kultur festigen und entwickeln.

Ein großer Sünder an seinem Nächsten und vielleicht ein noch größerer an sich selbst, ist er ein Großmärtyrer seiner Bestrebungen, die, indem sie ihn töten, immer neue Freuden und Leiden des Daseins erzeugen.

Sein Geist ist der verflochte Abenteurer, er wandert immerzu, wandert in die uferlose Zukunft, irgendwohin dem Herzen des Kosmos zu oder in die Leere des Weltalls, die er vielleicht berufen ist, mit der Emanation seiner Energie zu erfüllen, indem er etwas schaffen wird, was der Vernunft des heutigen Tages unerlänglich ist.

Für den Intellekt ist die Kultur an und für sich wichtig, unabhängig von den Ergebnissen ist der Intellekt an sich vor allem ein Phänomen der Kultur, die komplizierte, geheimnisvollste Erscheinung der Natur, das Organ ihrer Selbsterkenntnis.

Dem Instinkt sind nur die utilitären Resultate der Kultur wichtig, bloß das, was das äußere Wohl des Daseins erhöht, wenn es auch erniedrigende Lüge ist.

Deshalb sollen die Intellektuellen jetzt, wo unvermeidlich die erregten Instinkte des Dorfes mit der intellektuellen Kraft der Stadt in Kampf treten müssen, die Frucht der jahrhundertelangen Tätigkeit des intellektuellen Elements, den Fabrikarbeiter mit eingeschaffen, in Gefahr geraten, zerstört, im Entwicklungsprozeß gehemmt zu werden als gewohntes Verhältnis zum Dorfe einer Revision unterziehen.

Es gibt nicht Volk, es gibt nur Klassen. Die Arbeiterklasse war bisher die Schöpferin materieller Werte, heute will sie leidenden Anteil nehmen an der geistigen, intellektuellen Arbeit. Die meisten Intellektuellen wollen um jeden Preis ihre Position als Landeigentümer befestigen — andre Wünsche legen sie nicht an den Tag.

Von den Intellektuellen der ganzen Welt, aller Länder, liegt heute die Aufgabe, ihre Energie der Masse zur Verfügung zu stellen, denn gewisse Gesetzlichkeiten die Weiterentwicklung des Kulturprozesses gewährleisten und durchaus befähigt sind, das Tempo dieses Prozesses zu beschleunigen.

Dresdner Kalender

Theater am 17. Juni. Opernhaus: Schirin und Gertrude (7). — Schauspielhaus: (15. Volksvorstellung) Faß (7½). — Albert-Theater: Fräulein Puck (7½). — Residenz-Theater: Der Schrei nach dem Kinde (7). — Residenz-Theater: Alt-Heidelberg (7).

Schauspielhaus. Freitag den 18. Juni: Der König (Max Schneider-Wibbel). Sonntag den 20. Juni: Robert und Bertram (Stück Der Verschwender).

Kammerspiele Münchheim. Der Spielplan für die vier Wochen vom 20. Juni bis 20. Juli umfaßt folgende Werke: 1. Abend: drei Einakter von August Strindberg: die Tragödie Vor'm Tode, die Komödie Mutterliebe und das Lustspiel Mit dem Feuer spielen. Die ersten beiden Stücke kommen in der neuen bisher noch niemals gespielten Uebersetzung von H. Göbel zur Aufführung. — 2. Abend: die Tragikomödie Kleine Sklavin von Dietzenschmidt. — 3. Abend: zwei Einakter aus dem Zauberbenter von Franz Blei: Der Film und Der gutbezahlte Neumann. Dann die alte Groteske Der fliegende Cyberium von Kurt Götz, deren Einakter, Nachtbeleuchtung, hier in Dresden seinerzeit großen Anklang gefunden hat.

Deutsch-Russisch-Ukrainisches Ballett. Infolge des außerordentlichen Erfolges finden noch zwei Gastspiele, und zwar die letzten, des Deutsch-Russisch-Ukrainischen Balletts diesen Freitag und Sonnabend, 7½ Uhr, im Vereinshause statt. Karten sind ab heute zu haben bei F. Ries, Seestraße 21, O. Reinicke, Hauptstraße 2, und im Residenzkaufhaus.

Das Ferd. Die bekannte Dresdner Reklamefirma Leutert & Schneidewind fordert im heutigen Anzeigenteil unter dieser lustigen Ueberschrift zur Teilnahme an einem allgemeinen Preisausschreiben auf.

Kleine Mitteilungen

Max Weber gestorben. Wie uns aus München gedrahtet wird, ist Professor Dr. Max Weber, der berühmte Nationalökonom, der seit wenigen Monaten als Nachfolger Brentanos an der Münchner Universität wirkte, gestern abend dort im Alter von 56 Jahren unerwartet verschieden.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Freitag den 18. Juni: Striesen: Vortrag: Kirche, Schule, Jugend. — Loschwitz: Fragekastenabend. — Naußlitz usw.: Stiftungsfest, 7 Uhr im Alten Deffauer. — Trachenberge: Spiele im Freien, 7 Uhr Hubertusplatz.

Sportkartell

Touristenverein der Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden. Donnerstag Mitgliederversammlung im Volkshaus. — Die Ortsgruppen Dresden, Briesnitz, Cossebaude, Pappritz und Zitzschewig veranstalten: Sonnabend den 19. Juni gemeinsame Sonnenwendfeier auf der Herrenkuppe bei Cossebaude und am Spitzhaus auf den Lößnitzbergen Tagestour. Programm: Abbrennen von Höhenfeuern, Ansprachen der Lehrer Genossen Knoll und Lieber, Musik und Gesang. Zusammenkunft vor der Sonnenwende im Osterbergrestaurant und im Spitzhaus von abends 9 Uhr an. — Ortsgruppe Dresden. 20. Juni. Langer Grund, Lockwitz, Leopoldshöhe, Mädelgrund, Brandwände; Abfahrt 6.10 Uhr nach Naitzen. — Führer steigt in Pirna zu. — Nachmittagswanderung nach der Babisnauer Pappel. Abmarsch 1½ Uhr, Endstation Linie 6, Rückzug.

An die Arbeiter-Turnerinnen! Rüstet zu der am Sonntag den 4. Juli in Ebersbach stattfindenden Turnerinnen-Gleichstunde für die Turnerinnen der Bezirke Dresden, Pirna-Sebnitz, Löbau-Bautzen und Zittau. Die Turnschwestern der Oberlausitz erwarten euch; kommt alle zu reger Turnarbeit, frohem Spiel und Geselligkeit. Genußreiche Stunden sind euch sicher. Meldet euch sofort bei eurem Turnwart, kommt alle. Ihr seid herzlich willkommen in der Oberlausitz.

Humor und Satire

Filmtragödie. Ich weiß nicht mehr, ob's Henny Porten war — jedenfalls war sie von einem gewissenlosen Schuft verführt worden, sollte ein Kind kriegen und sprang sichdaslebennehmenderweise in den Fluß. Da hörte ich hinter mir eine schluchzende Stimme: „Sieh'n Sie, Mage, wennste mir damals nicht geheiratet hätt'st, hätt ich bei jemand so jemacht!" Und ein rauher Männerbaß seufzte: „Sei man still — dei is nun ja doch zu spät!" (U.L.)

Neue Bücher

Marx oder Bakunin? Demokratie oder Diktatur? Eine Kampfschrift gegen den Vorläufer des Bolschewismus. — Neuausgabe der Berichte an die sozialistische Internationale über das Treiben des Michael Bakunin. Von Karl Marx und Friedrich Engels. Mit einem Geleitwort und Erläuterungen herausgegeben von Wilhelm Blos (Württembergischer Staatspräsident). Stuttgart 1920. Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr. Preis 5 M.

Der Ausfall der Wahl, die große Anzahl von Stimmen, die irregeleitete Ungeduldige, denen die Sozialdemokratie nicht genug getan zu haben schien, den Radikalen zugewandt haben, hat der Sozialdemokratie, nachdem sie in der Vergangenheit gegen den Opportunismus der Massen machtvoll und erfolgreich gekämpft, die große Zukunftsaufgabe gebracht, gegen überwiegende Forderungs- und Hoffnungsfreudigkeit, gegen Utopisterei und zügellose Phantasie zu kämpfen, die nie Wirklichkeit werden können, solange Menschen — eben nur Menschen sind. Dieser Kampf hat insbesondere zu gelten der so eifrig betriebenen Propaganda zur Einführung russischer Zustände, Kampf-, Arbeits- und Organisations-, besser: Zerstörungsmethoden, die dem Wiederaufbau und Fortschritt unsers deutschen Vaterlandes nur hinderlich sein können — er ist neben der Aufklärung über das Wesen des Sozialismus die hauptsächlichste der demnächst zu leistenden Arbeiten. Da kommt denn der Neudruck des vorliegenden Schriftchens, als eines hochwichtigen Dokuments aus der Geschichte des internationalen Sozialismus, gerade zur rechten Zeit. Es ist geschrieben zur Rechtfertigung des Ausschlusses Bakunins, des Vaters des Anarchismus (und heutigen Kommunismus), des Apostels furchtbarer Zerstörung, aus der ersten Internationale und es schildert seine und seiner Spießgesellen Treiben, die, mit Gehe mündend, Terror, Lüge, organisierter Räuberei und Erpressung, Meuchelmord ebenso wie unter den eigenen Genossen, selbstverständlich auch mit der Anklage des „Volksverrats" gegen alle, die den verbrecherischen Wahnsinn nicht mitmachten, arbeiteten wie gewisse heute. Und wenn der Meister nur in dem dringenden Verdacht steht, so ist es von vielen seiner Schüler erwiesen, daß sie bezahlte Agenten der Polizei und herrschenden Mächte waren, um die Arbeiterbewegung zu diskreditieren und zu schädigen — auch wie viele moderne „Führer" [illegible] Schrift gibt von den Verhältnissen vor fünfzig Jahren ein [illegible] dem der Jetztzeit in vielen Beziehungen geradezu porträtähnlich [illegible] und bietet darum bestes Material, die Scheinrevolutionäre „Freunde" erkennen und entlarven zu helfen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200616/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG